

MEDIEN UND KRIEG

Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnen- generation

SAFRAN 03

**Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,
Abrüstung und nachhaltige Entwicklung**

**Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
Rita Glavitz, Georg Leitner, Thomas Roithner und
Alexandra Elbling (Hg.)**

MEDIEN UND KRIEG

**Analysen und Perspektiven einer jungen
ForscherInnengeneration**

SAFRAN

Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,
Abrüstung und nachhaltige Entwicklung

Diese Forschungsreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) soll jungen, noch wenig bekannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit geben, ihre Forschungsarbeiten zu unterschiedlichen Fragen der internationalen Beziehungen, der Friedensforschung, der Abrüstung und der nachhaltigen Entwicklung zu veröffentlichen. Diese Arbeiten wurden u.a. im Rahmen von Praktika am Institut in Stadtschlaining oder Wien erarbeitet.

Diese in der Reihe veröffentlichten Beiträge widerspiegeln die Sicht der AutorInnen und müssen nicht mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen.

Redaktion:

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK)
Außenstelle Wien, Thomas Roithner
Wiedner Gürtel 10, A – 1040 Wien
Tel. 0043 – (0)1 – 79 69 959, Fax 0043 – (0)1 – 79 65 711
e-mail: aspr.vie@aspr.ac.at

© 2007, ÖSFK Burg Schlaining
Rochusplatz 1, A – 7461 Stadtschlaining
Tel. 0043 (0)33 55 – 2498, Fax 0043 (0)33 55 – 2662
e-mail: aspr@aspr.ac.at, Web: <http://www.aspr.ac.at>
© Coverlayout: Doris Engelmeier

Rita Glavitzka / Georg Leitner / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hrsg.): Medien und Krieg: Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAF-RAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung, Paper Nr. 03, Wien, Februar 2007 (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2006/safran03.pdf>)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Key words:

Krieg, Medien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Tamara Neubauer: Der Mensch als „Natural Born Killer“?! – Krieg und Ideologie aus anthropologischer Sicht	9
Roland Kraml: Der Krieg und seine Ursachen – eine anthropologische Perspektive	18
Georg Leitner: Die kriegsmobilisierende Funktion russischer Medien im zweiten Tschetschenienkrieg	24
Maria-Christina Schinko: Können sich Journalisten in Kriegs- und Krisenzeiten an Nachrichtenfaktoren bzw. an den für Kriegsberichterstattung relevanten Kriterien orientieren?	34
Christopher Meiller: Mediale Antinomien? – Kommunikationswissenschaftliche Anfragen zur medialen Kriegs- und Krisenberichterstattung	41
Die Autorinnen und Autoren	49

Vorwort

Den dritten Teil der Publikationsreihe „SAFRAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung“ bildet der vorliegende Sammelband. Dieser beruht auf Vorträgen, die während des Workshops „Krieg und Medien – Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration“ im Rahmen der 23. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Burg Schlaining) zum Thema „Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus“ präsentiert wurden. Jener Workshop unter der Leitung von Rita Glavitzka und Georg Leitner ermöglichte NachwuchswissenschaftlerInnen ihre Gedanken, Theorien und Thesen zum Thema in einem außeruniversitären Kontext vorzustellen, zu diskutieren und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Den Anfang bilden zwei Beiträge aus anthropologischer Perspektive von Tamara Neubauer und Roland Kraml, die der prinzipiellen Frage nach Kriegsursachen und deren ideologischen Begründung nachgehen. Sie argumentieren aus materialistischer Sicht und verorten Kriegsursachen in demographischen Veränderungen und der daraus resultierenden Ressourcenknappheit.

Anschließend analysiert Georg Leitner in seinem Beitrag die kriegsmobilisierende Funktion von Medien anhand des zweiten Tschetschenienkrieges u.a. durch die Stigmatisierung von gegnerischen Kriegsparteien und die Verharmlosung des Kriegsvokabulars.

Maria-Christina Schinko untersucht die Relevanz von Nachrichtenfaktoren in der Kriegsberichterstattung und geht der Frage nach, welche Kriterien ein Ereignis berichtenswert machen und warum im Gegensatz dazu manche Konflikte trotz hoher Opferzahlen in westlichen Medien kaum beachtet werden.

Abschließend skizziert Christopher Meiller drei grundsätzliche Probleme im Spannungsfeld von Medien und Krieg: die auf einzelne Bildausschnitte reduzierte Darstellung komplexer Kriegswirklichkeiten, das Dilemma von Gewinnorientierung und journalistischer Ethik sowie die Überforderung der Rezipienten durch die echtzeitliche Kriegsberichterstattung in den Massenmedien.

14. Februar 2007

Thomas Roithner, Rita Glavitzka, Georg Leitner
Für die Herausgeber

Der Mensch als „Natural Born Killer“?! – Krieg und Ideologie aus anthropologischer Sicht

Tamara Neubauer

Die allgegenwärtige Präsenz des Krieges in den Medien verführt einen dazu, den Krieg als ein dem Menschen eigenes Charakteristikum zu betrachten. „It is human to hate“, wie es Samuel Huntington ausdrückt (Huntington 1996: 130).

Doch um den Krieg als soziales Phänomen analysieren zu können, muss man in die Vergangenheit des Menschen zurückblicken. Hat es Krieg schon immer gegeben? Hatte Krieg schon immer dieselbe Form? Und schließlich: Wurden Kriegsvorhaben schon immer auf dieselbe Weise nach außen präsentiert?

All diese Fragen müssen beantwortet werden, will man Aussagen über den Krieg in der heutigen Zeit und Form treffen.

Im nachfolgenden Beitrag versuche ich das anhand einiger konkreter Beispiele zu tun. Zu diesem Zweck möchte ich mit einem allgemeinen Teil beginnen, der vor allem der Frage nach den Kriegsgründen nachgeht. Die Hypothese der Krieg sei dem Menschen inhärent und der Mensch sei somit ein „Natural Born Killer“ soll widerlegt werden. Vielmehr handelt es sich beim Krieg um ein „extrem unpersönliches Geschäft“ (Wallace 1967: 214).

Ich stütze mich vor allem auf Ansätze, welche die Kriegsgründe in demographischen und ökonomischen Veränderungen verorten. Um die Veränderung des Krieges an sich und die Veränderung der Kriegsgründe aufzuzeigen, werde ich als Beispiel Sammler und Jäger-Gesellschaften heranziehen, sowie Chieftoms und schließlich Staaten.

Abschließend möchte ich hervorheben, welche Rolle der gesellschaftlichen Mobilisierung in Zusammenhang mit Krieg zukommt und wie diese Mobilisierung in den herausgegriffenen Gesellschaftsformen vonstatten geht. Damit schließt sich dann der Kreis zur westlichen Industrienation und den Medien als Kriegstreibern.

1. Kriegsgründe

„Es lässt sich heutzutage nicht mehr bestreiten, dass die Mehrzahl unserer Gedanken und Bestrebungen nicht unser eigenes Werk sind, sondern uns von außen zuströmen. Sie können nur in uns eindringen, indem sie sich uns aufdrängen“ (Durkheim 1995: 107).

Dieses Zitat von Émile Durkheim beschreibt die Hypothese sehr gut. Der Krieg und die damit verbundene Ideologie wohnt nicht dem Menschen inne, sondern wird durch äußere Faktoren bestimmt. Der bestimmende Faktor von Gewalt in Form von Kriegen ist niemals biologisch (Reyna 1999: 15).

Ausgangspunkt ist, dass Krieg eine Reaktion auf eine Störung des sozialen Systems ist. Der Zustand der Gesellschaft wird verändert und zieht Krieg als Konsequenz nach sich. Hier wird davon ausgegangen, dass Krieg eine Funktion hat und nicht ein pathologischer Gesellschaftszustand ist (Vayda 1967: 103). Die Funktion des Krieges wiederum korreliert mit seiner jeweiligen Erscheinungsform und seinem Ausmaß. Dieser Aspekt soll im nächsten Abschnitt mittels eines Vergleiches von Krieg in verschiedenen Gesellschaftsformen deutlich gemacht werden.

Zunächst aber ist eine Arbeitsdefinition von Krieg notwendig: „Der Krieg ist der sanktionierte Gebrauch tödlicher Waffen durch die Angehörigen einer Gesellschaft gegen die Angehörigen einer anderen Gesellschaft. Er wird von besonders ausgebildeten und in organisierten Einheiten zusammengefassten Personen geführt, die von einer eigenen Entscheidungskörperschaft geleitet und von der nichtkämpfenden Zivilbevölkerung auf verschiedenste Weise unterstützt werden“ (Wallace 1967: 207).

1.1. Krieg als Ausgleichmechanismus

Ich gehe von der allgemeinen Hypothese aus, dass die Funktion des Krieges darin besteht, ökonomische und demographische Variablen zu regulieren. Durch Krieg und Eroberung von fremden Territorien wird Ressourcenmangel und der daraus entstehende Bevölkerungsdruck ausgeglichen. Dies gibt einen wesentlichen Faktor vor, ohne den eine bestimmte Form des Krieges (nämlich jene, bei der es um territoriale Gewinne geht) nicht möglich wäre: Bevölkerungsdruck (vgl. Carneiro 1988).

Der Bevölkerungsdruck bezieht sich immer auf die *knappe* Ressource. Während bei wenig komplexen Gesellschaften die knappen Ressourcen häufig Nahrungsmittel (und somit Territorien, auf denen man Nahrungsmittel anbauen kann) sind, ändert sich dies bei komplexeren Gesellschaften. Moderne westliche Industriestaaten zeichnen sich keineswegs durch eine Lebensmittelknappheit aus. Dennoch gibt es auch hier potentielle knappe Ressourcen, die Bevölkerungsdruck (bezogen auf diese Ressourcen) erzeugen können. So stellt zB nicht erneuerbare Energie für westliche Industrienationen eine knappe Ressource dar,

die wiederum für Jäger und Sammler völlig irrelevant ist.

Das bedeutet, dass man die Ressourcenknappheit nicht unbedingt am Wohlstand einer Gesellschaft ablesen kann. Dieses Modell besagt keineswegs, dass alle Ressourcen knapp sein müssen, um einen Ausgleichsmechanismus auszulösen. Es ist durchaus hinreichend, wenn eine Schlüsselressource knapp ist. Ein Mangel an Teakholz beeinträchtigt eine europäische Nation nicht sonderlich, eklatanter Wassermangel hingegen wäre eine Bedrohung.

Schlüsselressourcen variieren von Gesellschaft zu Gesellschaft (auch von Bevölkerungsgruppe zu Bevölkerungsgruppe). Man kann nicht davon ausgehen, dass es immer die Knappheit einer ganz bestimmten Ressource ist, die als Ausgleichsmechanismus kriegerische Aktivitäten auslöst.

Darüber hinaus muss betont werden, dass kriegerische Aktivitäten nicht die einzige Möglichkeit sind, um einen Mangel an Ressourcen auszugleichen: Intensivierung der Produktion, Handel, Migration und Redistributionsmechanismen innerhalb einer Gesellschaft durch Tributsysteme sind Mechanismen, die denselben Zweck erfüllen. Ressourcenmangel und Bevölkerungsdruck führen also nicht automatisch zum Krieg. Allerdings gehen einer bestimmten Form des Krieges (tendenziell) Ressourcenmangel und Bevölkerungsdruck voraus. Gemeint ist hier die Form des Krieges, bei der es um die Eroberung der knappen Ressourcen von anderen Gruppen geht. Dies inkludiert den territorial expansiven Krieg, der darauf abzielt, die Territorien anderer Gruppen zu annektieren, dies inkludiert aber auch die Kriege von modernen Staaten, die nicht mehr in erster Linie auf die Eroberung von Territorium abzielen, sondern vielmehr auf die Kontrolle von (bestimmten) Ressourcen in fremden Gebieten.

Von dieser Form des Krieges ausgenommen sind die meisten kriegerischen Aktivitäten von Jäger und Sammlern, denen völlig andere Motive zu Grunde liegen (eine Ausnahme stellen hier Jäger- und Sammler-Gruppen dar, die sich im Übergang zur Sesshaftigkeit befinden).

Wenn man davon ausgeht, dass das Phänomen Krieg ein Ausgleichsmechanismus ist, so ist Krieg nicht nur funktional, sondern auch adaptiv (Vayda 1969: 204). Durch den Mechanismus Krieg kann sich eine Gruppe an veränderte Lebensbedingungen anpassen. Diese veränderten Lebensbedingungen, die gewissermaßen den Kriegsgrund darstellen, prägen auch die Form des Krieges. Wenn eine Gruppe vom Absinken des Lebensstandards

infolge eines Mangels an Ackerland bedroht ist, so ist die logische Konsequenz, dass der Krieg auf die Eroberung von Ackerland abzielt. Die Kriegsgründe bestimmen also die Form des Krieges.

1.2. Die Kosten-Nutzen-Relation

An dieser Stelle muss ein weiterer Faktor betont werden: Die Kosten-Nutzen-Relation.

„(...) we may regard it of some heuristic value to argue that wherever warfare exists it is likely to have been useful of adaptive (in the sense of being *more advantageous than disadvantageous*) at some time in the course of its development“ (Vayda 1969: 204, eigene Hervorhebung).

Dieser Aspekt ist essentiell. Denn nur wenn die Kriegsführung mehr Vorteile als Nachteile hat, tritt der Krieg als Ausgleichsmechanismus zu Tage. Gäbe es in den jeweiligen Fällen kostengünstigere Ausgleichsmechanismen, so käme es nicht zum Krieg. Die Kosten-Nutzen-Relationen sind ausschlaggebend.

Dies gilt sowohl für die angreifende als auch für die angegriffene Gruppe. Eine Gruppe, die die Ressourcenknappheit zB durch Intensivierung der Produktion theoretisch ausgleichen könnte, wählt in der Praxis diese Alternative, wenn die Kriegsführung mit weitaus höheren Kosten als die Intensivierung der Produktion verbunden wäre. Die angegriffene Gruppe wiederum hat oft die Wahl zwischen der Erwidern der kriegerischen Aktivitäten und der freiwilligen Aufgabe des Territoriums. Der Krieg als Mechanismus tritt dann in Kraft, wenn das Abwandern in ein anderes Gebiet kostenintensiver wäre als der Krieg selbst.

„Ethnographically a wide range of responses to competition may be observed. Probably the cheapest option in most circumstances is the expansion of a growing population into zones capable of supporting it but not yet doing so. Clearly this colonization strategy will have its highest payoff when population densities are low in relation to the numbers of appropriate unoccupied niches in the habitat, and when differential startup costs of opening these new niches are relatively low. As overall densities increase, so does the probability that additional niches will be exploitable only with greater labor investment, higher startup costs, lower returns, or increased risk; the probability concomitantly increases that warfare will accompany the colonization process“ (Price 1984: 213).

Dazu ein Beispiel: Andrew Vayda hat die kriegerischen Aktivitäten der Maori in Neuseeland ausführlich dokumentiert. Die Bevölke-

rungszahl der Maori stieg seit dem 18. Jahrhundert bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts von etwa 100.000 Personen auf 300.000 Personen (Vayda 1969: 206). Allerdings gab es in dem von Maori besiedelten Gebiet ausreichend Regenwald. Dennoch kam es zu kriegerischen Aktivitäten. Auf den ersten Blick ist hier kein Ressourcenmangel erkennbar. Widerspricht dieses Beispiel nun der oben ausgeführten Hypothese?

Hier kommt die Bedeutung der Kosten-Nutzen-Relation deutlich zum Vorschein. Die knappe Ressource ist in diesem Beispiel nicht Territorium an sich (wozu auch der unberührte Regenwald zählen würde), sondern bereits urbar gemachtes Territorium. Die Maori betreiben Brandrodungsfeldbau. Es kostet weit mehr Energie und Zeit, den ursprünglichen Regenwald zu roden, als Gebiete zu bebauen, die bereits einmal gerodet worden waren (Vayda 1969: 205). Gerade diese Gebiete aber zählen zum Territorium anderer Gruppen (jemand musste sie ja erstmals gerodet haben). Wollte sich eine Maori Gruppe nun auf solche Territorien ausdehnen, so mussten diese Gebiete von anderen Gruppen erobert werden. Die unterlegene Gruppe wurde abgedrängt und musste den Aufwand in Kauf nehmen, den Regenwald zu roden. Eine friedliche Alternative wäre (natürlich nur für die siegreiche Gruppe) kostenintensiver gewesen, als der kriegerische Ausgleich des Ressourcenmangels.

„If the time and effort required for clearing virgin land were considerably more than were necessary for the operations of both conquest and the preparation of previously used land for cultivation, it follows that territorial conquests, such as some of those recorded in Maori traditional history, would have added more efficiently to the prosperity of particular groups than would peaceful dispersion“ (Vayda 1969: 205, vgl. Vayda 1960: 113f).

Das Abwägen der Kosten auf der einen Seite und des Nutzens auf der anderen Seite geschieht nicht in Form einer bewussten Entscheidung, die vor dem Beginn jeglicher Kampfhandlungen getroffen wird. Vielmehr kommt es in der Praxis zu einem Austesten der Stärke des Gegners. Andrew Vayda berichtet in einer Studie über Krieg bei den Maring in Neu Guinea von „Schaukämpfen“, die dem eigentlichen Kriegsgeschehen vorangehen (Vayda 1976: 35f). Diese „Schaukämpfe“ sind geprägt von einer sehr geringen Sterblichkeitsrate und können sich über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinziehen (Vayda 1976: 35). In dieser Phase konnten die kämpfenden Gruppen ihre jeweilige Stärke austesten.

„The fighting in the early phases of the Maring war process and also, if there was escalation, in the later ones tested for disparities among neighboring groups in such variables as military strength. The fighting thus enabled groups suffering from population pressure to discover at whose (if anybody's) expense territorial expansion, providing relief from the pressure, might take place“ (Vayda 1976: 37).

Die Kriegsführung muss leistbar sein. Bei geringen Gewinnchancen ist die Wahrscheinlichkeit, dass am Ende die Kriegskosten weitaus höher waren als der tatsächliche Nutzen des Krieges, sehr hoch.

Daraus ergibt sich eine paradoxe Situation: Gerade die ressourcenärmsten Gruppen können sich die Kriegskosten oft nicht leisten, da alle ressourcenreicheren Gruppen in der Umgebung wettbewerbsfähiger wären. Man kann also trotz der Annahme, dass die Kriegsursache ein Mangel an Ressourcen ist, nicht davon ausgehen, dass immer jene Gruppen, die den größten Ressourcenmangel aufweisen, die Aggressoren sind. Welchen Beweggrund aber hätten nun ausgerechnet die ressourcenreicheren Gruppen zur Kriegsführung?

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass der Kampf um Ressourcen nicht erst dann beginnt, wenn die Tragfähigkeit eines Territoriums bereits bis zum Äußersten strapaziert ist, sondern ab dem Punkt, an dem sich das Verhältnis von vorhandenen Ressourcen und Bevölkerungszahl zu verschlechtern beginnt. Nicht der Kampf ums unmittelbare Überleben, sondern bereits die spürbare Verschlechterung des Lebensstandards stellt den kritischen Punkt dar.

„(...) it is unjustified to assume that a group will take land from its neighbours only when the source of pressure is its having numbers as great as or possibly even greater than the number that its existing territory can continue to support under a given system of land use. Food supplies diminishing slowly as the size of a group increases might, for example, predispose members of the group to territorial conquests long before they attain numbers equivalent to the maximum which their original territory can carry and long before there is readily visible environmental deterioration (...)“ (Vayda 1976: 40).

Hinzu kommt, dass jene Gruppen, die von einem Reichtum an Ressourcen gekennzeichnet sind (unerheblich ob diese Ressourcen erobert oder durch die eigene Produktion gewonnen wurden) nicht nur einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ressourcenärmeren Gruppen haben, sondern darüber hinaus auch mit steigender Komplexität einen erhöhten Bedarf an Ressourcen aufweisen. Ein Chief-

dom verfügt nicht nur über sehr viel mehr Ressourcen¹ als eine Jäger- und Sammler-Gruppe, es benötigt auch sehr viel mehr Ressourcen, um überhaupt bestehen zu können.

Man kann eine Gesellschaft also nicht an den zur Verfügung stehenden Ressourcen alleine messen, sondern muss diese in Bezug zu den Bedürfnissen setzen.²

So ist es keineswegs ein Widerspruch, dass eine auf den ersten Blick „reiche“ Gruppe eine ärmere benachbarte Gruppe überfällt, weil – erstens – die reichere Gruppe mehr Ressourcen für die Kriegsführung entbehren kann und damit wettbewerbsfähiger ist, und zweitens, weil die „reiche“ Gruppe unter Umständen einen viel höheren Ressourcenbedarf als die ärmere Gruppe hat und somit ein relativer Ressourcendruck ungeachtet des scheinbaren Ressourcenreichtums vorhanden ist.

1.3. Die Rolle von persönlichen Motiven

Es erscheint mir notwendig noch ein paar Worte zu der Rolle von persönlichen Motiven wie zB Hass zu verlieren. Ich behaupte keineswegs, dass derlei Emotionen im Krieg keine Rolle spielen. Ich halte sie lediglich für nicht *ursächlich*. Nichtsdestotrotz kommt persönlichen Motiven gerade bei der gesellschaftlichen Mobilisierung eine wesentliche Bedeutung zu. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass der Großteil der in Kampfhandlungen involvierten Personen die Gegenpartei als verhassten Feind betrachtet und es zu einer sehr hohen Aggression gegenüber den Angehörigen dieser Gegenpartei kommt. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil des Krieges, wie in Abschnitt 3 noch näher erläutert wird.

Der Mensch ist also zu Aggression fähig. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Aggression auch ursächlich für den Krieg sein muss.

Ein Beispiel für die Diskrepanz zwischen Krieg und Aggression auf der Ebene der interpersonellen Gewalt: Interessanterweise sind die Mordraten in Jäger- und Sammler-Gesellschaften viel höher als in anderen Gesellschaftsformen, gemessen an der Bevölkerungszahl (Kelly 2000: 20). Während Kriege in Jäger- und Sammler-Gesellschaften in sehr geringer Intensität vorkommen, haben Jäger und Sammler hohe Raten an interpersoneller

Gewalt. Diese Form der interpersonellen Gewalt korreliert also nicht mit der Intensität des Krieges. Die Annahme, dass eine Form der Gewalt eine andere bedingt, stimmt nicht. Die Konsequenz daraus ist, dass Krieg als eigenes soziales Phänomen betrachtet werden muss, Krieg ist kollektiv und funktional.

2. Krieg aus einer diachronen Perspektive

2.1. Jäger- und Sammler-Gruppen

Gerade bei Sammlern und Jägern ist häufig festgestellt worden, dass der auf territoriale Eroberungen abzielende Krieg nicht vorhanden ist. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen sind Sammler- und Jäger-Gruppen sehr klein und haben eine niedrige Bevölkerungswachstumsrate und eine Bevölkerungsdichte von weniger als 3 Personen/km² (Kelly 2000: 20). Durch die Mobilität lassen sich die umliegenden Ressourcen am besten verwerten. Durch die geringe Bevölkerungsdichte herrscht kein Bevölkerungsdruck und bei einer Konkurrenz um Ressourcen ist es den einzelnen Gruppen möglich, auf andere Gebiete auszuweichen.

„(...) there is no important economic stimulus to fullscale war. The birth-death ratio in hunting-gathering societies is such that it would be rare for population pressure to cause some part of the population to fight others for territorial acquisition“ (Service 1966: 60).

Jäger- und Sammler-Gruppen haben im Falle eines Ressourcenmangels hauptsächlich zwei Möglichkeiten zu reagieren: Wie bereits erwähnt können sie auf andere Gebiete ausweichen. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn diese Möglichkeit besteht nur für einen geringen Prozentsatz aller Gesellschaften. Nur in Gebieten mit einer ausreichend geringen Bevölkerungsdichte können einzelne Gruppen auf andere Territorien ausweichen, ohne sie zuerst von anderen Gruppen erobern zu müssen. Im Gegensatz zu sesshaften Gruppen haben Jäger und Sammler keinen Besitz wie zB urbar gemachte Felder oder Häuser. Der Besitz von Jäger und Sammlern beschränkt sich auf leicht transportierbare Gegenstände wie zB Werkzeuge.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Intensivierung der Produktion. Durch Jagen und Sammeln kann die Produktion aber nur beschränkt intensiviert werden, darüber hinaus besteht hier die Gefahr der Überjagung und somit der Verstärkung des Ressourcenmangels. Signifikant gesteigert werden kann die Produktion bei Jäger und Sammler Gesellschaften nur durch den Übergang zur Sesshaftigkeit und zum Ackerbau (zumindest zu einer

¹ Ein gewisses Maß an Ressourcen ist notwendig, damit die komplexen Strukturen eines Chieftoms überhaupt entstehen und aufrechterhalten werden können.

² Mit Bedürfnissen sind hier keineswegs die Wünsche von Einzelpersonen oder der Elite eines Landes gemeint. Es geht hier nicht um persönliche finanzielle Bereicherungen, sondern um die Menge an Ressourcen, die notwendig ist, um das System an sich, also die Gesellschaft mit der momentanen politischen und ökonomischen Struktur, aufrecht zu erhalten.

temporären Sesshaftigkeit wie zB bei Hortikultur betreibenden Gruppen). Damit gibt die Gruppe allerdings ihr Jäger und Sammler-Dasein auf.

Ein Grund für das Fehlen des territorial expansiven Krieges bei Jäger- und Sammler-Gruppen ist die Tatsache, dass es möglich ist auf andere Gebiete auszuweichen, ohne diese zuvor erobern zu müssen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass eine Jäger- und Sammler-Gesellschaft gar nicht über die infrastrukturellen und organisatorischen Voraussetzungen verfügt, die für territoriale Eroberungen notwendig wären. So können eroberte Ressourcen aufgrund mangelnder Lagermöglichkeiten nicht genutzt werden, gleichzeitig ist die politische Struktur nicht komplex genug, um unterlegene Gruppen in die eigene inkorporieren zu können, wie dies zB bei Chiefdoms der Fall ist.

Kriegerische Aktivitäten in Jäger- und Sammler-Gesellschaften sind von geringer Intensität, es gibt sie aber doch. Die Kriegsründe belaufen sich dann häufig auf persönliche Auseinandersetzungen, Rache nach einem Mord, etc.. Dabei ist aber in der Regel nicht die ganze Gruppe involviert, die Mobilisierung erfolgt eher durch Verwandtschaftsbeziehungen als durch ideologische Symbole oder eine politische Führung, die bei Jäger und Sammlern ohnehin noch nicht vorhanden ist.

2.2. Chiefdoms

„In Amazonia (...) semi-sedentary „hunters and gardeners“ quickly move away from actual or potential enemies. Situations building toward violence are regularly resolved by exit (“almost wars”). Sedentism removes this peaceable alternative“ (Ferguson 1997: 335).

Krieg verändert sich maßgeblich mit dem Aufkommen der Landwirtschaft. Während es vor der Sesshaftigkeit möglich war in ein anderes Territorium zu fliehen, so ist dies bei Ackerbaugesellschaften nicht mehr gegeben. Im Falle eines Kampfes werden unterlegene Gruppen nun inkorporiert, das führt dazu, dass größere politische Einheiten entstehen: Chiefdoms (Carneiro 1990: 191).

Chiefdoms zeichnen sich dadurch aus, dass die Autonomie von lokalen Einheiten schwindet. Chiefdoms sind politische Einheiten, die aus mehreren Dörfern bestehen, es hat hier also bereits der Prozess der Fusion eingesetzt (Carneiro 1990: 190). Darüber hinaus sind Chiefdoms durch eine hohe Frequenz an kriegerischen Tätigkeiten und durch eine gesteigerte Intensität im Vergleich zu Jäger- und Sammler-Gesellschaften charakterisiert.

Welche Faktoren haben sich hier nun im Vergleich zu Jäger- und Sammler-Gesellschaften verändert?

Zum einen sind Chiefdoms immer sesshafte oder zumindest temporär sesshafte Gesellschaften, die eine ungleich höhere Populationsgröße aufweisen als zB Jäger- und Sammler-Gruppen. Durch den Ackerbau war es möglich, die Produktion zu intensivieren. Gleichzeitig ist aber der Ackerbau schon eine Folge von Umweltveränderungen, die einen Ressourcenmangel zur Folge hatten, wie etwaige Theorien zur neolithischen Revolution vorschlagen (vgl. Harris 1990: 32-45). Durch den Ackerbau konnte zunächst der Ressourcenmangel ausgeglichen werden. Gleichzeitig hat der Ackerbau durch Sesshaftigkeit und niedrigere Infantizidraten auch eine Populationssteigerung zur Folge (Carneiro 1988: 503ff). Er verstärkt also gewissermaßen das Phänomen, das er eigentlich ausgleichen sollte.

Eine Ackerbaugesellschaft hat ein genau definiertes Territorium und die Gruppe kann nicht mehr einfach abwandern. Das führt in bestimmten Fällen dazu, dass Konkurrenz um Ressourcen entsteht, wenn die Bevölkerungsdichte zu hoch wird. Der Krieg ist nun ein Mechanismus, um den Ressourcenmangel auszugleichen. Dies geschieht durch Eroberung von Territorien.

„When arable land came into short supply, warfare became redirected. For the first time in history, it began to be waged primarily for land acquisition, and, shortly thereafter, for the subjugation of people. The general effect of population growth on warfare was to increase its frequency, heighten its intensity, redirect its aims, and magnify its consequences“ (Carneiro 1988: 505f).

Die Infrastruktur von Chiefdoms ist in großem Maße auf die Inkorporation von unterlegenen Gruppen ausgerichtet. Chiefdoms haben nicht nur die praktische Möglichkeit Territorien zu erobern, sondern sie können auch die besiegten Gruppen inkorporieren und sich ihre Arbeitskraft zunutze machen. Das System basiert auf Tributzahlungen, die an die hierarchisch höher stehenden Chiefs abgeliefert werden müssen. Durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Unterlegenen kann die Produktion soweit intensiviert werden, um den Ressourcenmangel auszugleichen (zumindest temporär).

„The increased expansionism of developed ranked societies rests on the foundation of an enlarged energy base, one in which most of the competitors regularly produce a

surplus. Such a surplus renders it advantageous to incorporate rather than displace a defeated competitor. (...) the larger energetic content of the victor defrays the costs of incorporation (...)" (Price 1984: 230).

2.3. Staaten

Treffen dieselben Mechanismen nun auch auf staatliche Gesellschaften zu?

Mit steigender Industrialisierung begann sich die Form des Krieges erneut zu verändern. Je industrialisierter die Gesellschaften wurden, desto weniger neigten sie zu kriegerischen Aktivitäten (Carneiro 1994: 20). Die Frequenz des Krieges sinkt also, die Intensität steigt jedoch weiter.

„Warfare at the chieftdom level may well be more frequent than at the state level, if for no other reason than that the contending units, being smaller in size, are greater in number, and thus the total incidence of war is higher" (Carneiro 1990: 193).

Aus der niedrigeren Frequenz von Krieg in staatlichen Gesellschaften kann man keineswegs schließen, dass industrialisierte Gesellschaften ideologisch friedlicher wären. Der Mechanismus des Krieges wurde lediglich durch andere Mechanismen ersetzt. Heutige Nationalstaaten benötigen ungleich mehr Ressourcen und vor allem andere Ressourcen als Chieftdoms. Die knappe Ressource ist in diesem Fall nicht mehr Nahrung oder Territorium, sondern Energie (Carneiro 1994: 21). Und diese Energie befindet sich häufig nicht auf dem territorialen Gebiet des jeweiligen Staates. Um diesen Bedarf an Energie decken zu können, gibt es nun verschiedene Mechanismen. Der Handel ist einer davon. Ein anderer ist der Krieg. Die geringe Frequenz der Kriegsführung in staatlichen Gesellschaften lässt sich durch die Substitution des Mechanismus Krieg durch andere Mechanismen erklären.

Das Ziel des Krieges ist hier nicht mehr in erster Linie territoriale Eroberung, sondern Kontrolle über Energie. Auch an diesem Punkt sei erwähnt, dass dies nichts mit persönlichen Machtinteressen und Bereicherungswünschen von Individuen zu tun hat. Diese mögen zwar durchaus vorhanden sein, sie sind aber letztlich nicht ausschlaggebend. Der Fokus liegt auf der Gesellschaft an sich und nicht auf einzelnen Personen. Es ist die Gesellschaft, die von bestimmten Ressourcen abhängig ist. Und es sind gerade jene Ressourcen, durch deren Kontrolle Individuen, die den Wunsch nach Macht verspüren, diese auch erlangen. Somit stellt auch dies lediglich die Erfüllung einer gesellschaftlichen Funktion dar.

3. Krieg und Mobilisierung

3.1. Existentielle und normative Aussagen

Wenn wir nun die ideologische Komponente des Krieges betrachten wollen, muss zunächst eine Unterscheidung zwischen existentiellen und normativen Aussagen getroffen werden (Service 1966: 64). Ideologie stellt immer einen Erklärungsansatz dar; existentielle Aussagen beschränken sich dabei auf die neutrale Erklärung von tatsächlichen Phänomenen, während normative Aussagen Phänomene mit Hilfe von Werturteilen erklären. Es geht bei letzteren weniger darum was ist, sondern was sein soll (Service 1966: 64).

Wissenschaft fällt in den Bereich der existentiellen Ideologie. Wenn man nun den Krieg als zu erklärendes Phänomen betrachtet, so kann man einerseits ausgehen von existentiellen Erklärungsansätzen, die versuchen den Krieg und seine Ursachen bzw. Auswirkungen ohne Werturteile zu beschreiben. Es geht also um eine Analyse des Krieges, wie wir ihn in verschiedenen Formen tatsächlich vorfinden. Dieser Aspekt ist durch Abschnitt 1 und 2 bereits abgedeckt. Ausgehend davon kann man allerdings auch die normative Ebene des Krieges untersuchen. Wie wird Krieg jeweils von der Gesellschaft legitimiert? Welche Metaphern etc. kommen hier zum Einsatz? Diese zwei Betrachtungsweisen des Phänomens Krieg sollen deutlich machen, dass die normative Präsentation des Krieges sehr stark von existentiellen Erklärungsansätzen abweichen kann. Es geht also darum zu skizzieren was einerseits hinter den Kriegen steckt (also Untersuchung der Kriegsgründe) und wie diese Kriege normativ dargestellt werden.

3.2. Gesellschaftliche Mobilisierung

Wie aber wird nun die jeweilige Gesellschaft auf den Krieg vorbereitet? Es ist unabdingbar, dass alle Angehörige auf den Krieg als sozialen Prozess, an dem sie teilnehmen sollen, vorbereitet werden. Gelänge diese Mobilisierung nicht, so würde dies der Aufrechterhaltung des Systems zuwiderlaufen. Eine misslungene Mobilisierung gefährdet den positiven Kriegsausgang.

Die Mobilmachung wird durch die Weitergabe von verschiedenen Signalen an die Gruppenmitglieder initiiert. Um die Weitergabe dieser Signale zu optimieren, wurden zB bestimmte Sprachcodes oder auch Schriftzeichensysteme entwickelt, die der exakten Vermittlung von Informationen dienen (Wallace 1967: 210).

Diese Informationen stellen häufig Alarmsignale dar, die mit einem symbolischen

Gehalt ausgestattet sind, der bestimmte Emotionen, wie zB Zorn, Entschlossenheit, und Angst hervorruft.

„Bei den Irokesen bestand der symbolisch aufgeladene Auslöser durchwegs in der Nachricht, ein Verwandter sei getötet worden und ein Hinterbliebener verlange nach Rache. Bei den Amerikanern des zwanzigsten Jahrhunderts wird die Funktion des symbolisch aufgeladenen Auslösers vielfach von der Nachricht ausgeübt, dass irgendwo wehrlose Amerikaner oder Verbündete gefangengenommen oder angegriffen worden sind und gerettet werden müssen“ (Wallace 1967: 210).

Dieses Zitat stammt aus einem Beitrag von Anthony Wallace zur Zeit des Vietnamkrieges und erinnert trotz des zeitlichen Unterschiedes an Bilder und Metaphern, die uns von den Medien auch heute regelmäßig präsentiert werden. Ich begreife die Medien in diesem Zusammenhang als Vermittler von jenen Signalen, die einen Mobilisierungszustand der Gesellschaft auslösen sollen und der Kriegsvorbereitung dienen. Allerdings sind es nicht diese Symbole, die den Krieg herbeiführen, sie dienen lediglich dazu, den Krieg als gesellschaftlichen Mechanismus in Gang zu setzen. Die Kriegsgründe liegen anderswo.

Diese zum Zweck der Mobilisierung durch die Medien vermittelten Signale zählen inhaltlich zu normativen Aussagen. Es geht darum einen Idealzustand zu postulieren, den es entweder zu erreichen gilt oder der bedroht ist.

Anthony Wallace geht davon aus, dass durch den Mobilisierungsprozess auch die Bereitschaft steigt, Einschränkungen der persönlichen Freiheit hinzunehmen (Wallace 1967: 211). So wurde bei tribalen Gesellschaften beobachtet, dass im Kriegsfall Führungsstrukturen in Form eines Anführers vorhanden waren, dessen Autorität sich aber alleine auf die Dauer des Krieges beschränkte (Wallace 1967: 212).

Auch dieses Phänomen ist uns nicht ganz unbekannt. Man denke nur an verschiedenste Ausnahme Gesetze, die im Kriegsfall oder neuerdings auch bei Bedrohungen durch terroristische Gruppierungen die Grundrechte der Bürger einschränken.

3.2.1. Jäger und Sammler

Kommen wir aber kurz zu unseren Beispielen zurück. Die Kriegsgründe und die Art der Kriegsführung bei Sammler- und Jäger-Gruppen weichen deutlich von jenen anderer Gesellschaftsformen ab. Da die Kriegsführung bei Jäger- und Sammler-Gesellschaften sehr gering ausgeprägt ist und sich großteils nicht

um den Kampf um Ressourcen dreht, ist es nicht verwunderlich, dass auch die normativen Aussagen zum Krieg andere sind als in anderen Gesellschaftsformen. Es gibt keine besonderen Rituale zur Kriegsvorbereitung, mit Ausnahme von Nahrungstabus etc., die aber nur den einzelnen Krieger, nicht aber die gesamte Gesellschaft betreffen (Pospisil 1994: 118). Hier muss nur ein Segment der Gesellschaft mobilisiert werden – nämlich die Gruppe der Krieger – nicht die gesamte Gesellschaft.

3.2.2. Chieftoms

In Chieftoms, wo der Krieg ein wesentlicher Bestandteil für die (Aufrechterhaltung der) Gesellschaft ist, ist auch die ideologische Komponente schon sehr viel stärker ausgeprägt. Die Chiefs sind die zentralen Figuren, welche die Kriegstätigkeit bestimmen. Der Krieg geht hier also gewissermaßen schon von einer zentralisierten politischen Einheit aus (auch wenn es in einem Chieftom häufig mehrere solcher Zentren gibt). Da hier die gesamte Gesellschaft in den Krieg involviert ist, muss auch die gesamte Gesellschaft mobilisiert werden. Schließlich ist ein wesentlicher Bestandteil des Chieftoms eine Ökonomie, die auf Überschussproduktion ausgerichtet ist. Diese Überschussproduktion, die eine Anpassungsstrategie an die Kriegsführung darstellt, kann nur durch die Partizipation der gesamten Bevölkerung aufrechterhalten werden. Gelingt dies nicht, so hat diese Gruppe einen enormen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Gruppen.

Im Gegensatz zu Jäger- und Sammler-Gesellschaften ist die Kriegsführung in Chieftoms von ausgiebigen Ritualen begleitet, die einerseits der Bildung von Allianzen dienen sollen, die andererseits aber auch die kämpfende Gruppe auf den Krieg vorbereiten sollen. In Gesellschaften, die die politische und ökonomische Struktur eines Chieftoms aufweisen, wird auch von Kriegsgöttern berichtet (vgl. Carneiro 1990: 206). Der Krieg wird hier also deutlich massiver in der Ideologie widerspiegelt.

Darüber hinaus spielen Trophäen eine große Rolle: Trophäen an sich sind kein ausschließliches Charakteristikum von Chieftoms. Allerdings hat die Trophäenjagd in Chieftoms besondere soziale Konsequenzen, da sich der Status einer Einzelperson (des Kriegers) dadurch erhöht (vgl. Carneiro 1990: 210). Chieftoms sind stratifizierte Gesellschaften in denen der jeweilige Status einer Familie auch in ökonomisches Kapital umgewandelt werden kann. Da ein Chieftom aus vielen verschiedenen Gruppen besteht, unter anderem auch aus unterlegenen und inkorporierten ehemaligen

feindlichen Gruppen, ist der Krieg und der damit verbundene Statusgewinn für eine Einzelperson eine Möglichkeit, auf der sozialen Stufenleiter nach oben zu klettern. Dies beinhaltet auch, dass dieser Person immer mehr tributpflichtige Gruppen untergeordnet sind, je höher der soziale Status ist.

3.2.3. Staaten

Der ideologische Mobilisierungsaufwand ist bei Staaten zweifellos am größten. Die staatliche Gesellschaftsform verfügt über die größten Bevölkerungszahlen und über die komplexesten Strukturen. Gleichzeitig gibt es in Friedenszeiten oder Entspannungszuständen – wie Anthony Wallace es beschreiben würde – ein hohes Maß an politischem Mitspracherecht der Bevölkerung. Wie bereits erwähnt, muss im Kriegsfall aber die politische Organisation gestrafft werden; ein zu hoher Individualismus wäre ein Risikofaktor. Die Gesellschaft muss also massiv mobilisiert werden, bis zu dem Ausmaß, bei dem auch Einschränkungen der Grundrechte für die Kriegszeit akzeptiert werden.

Wie Anthony Wallace hervorgehoben hat, gelingt die Mobilisierung mit Hilfe von Symbolen, die bestimmte Emotionen auslösen. Die Konstruktion eines Bedrohungsszenarios ist hier ganz wesentlich.

Wenn man nun die in Abschnitt 2 und 3 getroffenen existentiellen Aussagen mit den im Rahmen der Mobilisierung getätigten normativen Aussagen (hier sind Medienberichte ganz wesentlich) vergleicht, dann zeigt sich ganz deutlich, dass hier inhaltlich keine Übereinstimmung gegeben ist.

Die in der Öffentlichkeit propagierten Kriegsgründe und Bedrohungsszenarien dienen in erster Linie der Mobilisierung der Bevölkerung, sie reflektieren aber keineswegs die materiellen Grundlagen des Krieges. Sie sind vielmehr Auslöser als Ursache.

4. Conclusio

Da die Kriegsführung in verschiedenen Gesellschaftsformen, sowohl die Frequenz als auch die Intensität betreffend, äußerst unterschiedlich ist, kann man nicht davon ausgehen, der

Mensch sei ein „Natural Born Killer“ und die Kriegsursache in jedem Fall die menschliche Aggressivität. Wenn dem so wäre, so müsste man überall das gleiche Gewaltpotential vorfinden können. Nun zeigt sich aber, dass Krieg nicht mit Phänomenen wie Mord gleichzusetzen ist. Krieg ist kollektiv und funktional. Die Veränderungen des Krieges, die mit der Veränderung von externen Faktoren einhergeht, zeigt auch, dass der Krieg nicht allein auf die menschliche Aggressivität zurückgeführt werden kann. Krieg basiert nicht auf individuellen, sondern auf gesellschaftlichen Gründen und ist ein Mechanismus, um eine Störung des Systems, der Gesellschaft, auszugleichen.

Mit den unterschiedlichen Formen von Krieg gehen unterschiedliche ideologische Vorstellungen von und Aussagen über den Krieg einher. Die Ideologie ist ein wichtiger Bestandteil von bestimmten Formen des Krieges, sie ist aber nicht ursächlich für den Krieg.

Die normativen Aussagen sind wesentlich für die Mobilisierung der Gesellschaft, und heute spielen in dieser Hinsicht die Medien eine tragende Rolle. Aber auch Medien können nicht als Kriegsursache herangezogen werden, sie dienen lediglich der Übermittlung von Symbolen, wenn der Prozess der Kriegsvorbereitung bereits eingesetzt hat.

Medien sind ein Mechanismus für die gesellschaftliche Mobilisierung. Die Relevanz, die ihnen dabei zukommt, kann man unter anderem daran messen, welchen Einfluss verschiedene Akteure auf sie zu gewinnen versuchen. So ist es nicht verwunderlich, dass ganz bestimmte Bilder im Fernsehen vermittelt werden (nämlich jene, die bestimmte Emotionen wecken). Es überrascht auch nicht, dass Personen, die die gesellschaftliche Mobilisierung gefährden können, wie zB Deserteure, auf eine negative Art und Weise dargestellt werden, zB als Vaterlandsverräter.

Wenn Medien nur ein Mechanismus sind, nicht aber Kriegsursache, so drängt sich die Frage auf, inwiefern durch friedensjournalistische Ansätze überhaupt auf Kriegsvorhaben Einfluss genommen werden kann.

Literatur

- Carneiro, Robert L. (1988): The Circumscription Theory. Challenge and Response. In: *American Behavioral Scientist*, Vol. 31, No. 4, März/April 1988, S. 497-511
- Carneiro, Robert L. (1990): Chieftdom-level warfare as exemplified in Fiji and the Cauca Valley. In: Haas, Jonathan (Hg.): *The Anthropology of War*. Cambridge, S. 190-211
- Carneiro, Robert L. (1994): War and Peace: Alternating Realities in Human History. In: Reyna, S. P. & Downs, R. E. (Hg.): *Studying War. Anthropological Perspectives*. Amsterdam, S. 3-27
- Durkheim, Emile (1995 [1895]): *Die Regeln der soziologischen Methode*. Frankfurt am Main, 3. Auflage
- Ferguson, R. Brian (1997): Violence and War in Prehistory. In: Martin, Debra L. & David W. Frayer (Hg.): *Troubled Times. Violence and Warfare in the Past. War and Society. Volume 3*. Amsterdam, S. 321-355
- Harris, Marvin (1990): Der Ursprung des Ackerbaus. In: Harris, Marvin (1990): *Kannibalen und Könige*. Stuttgart, S. 32-45
- Huntington, Samuel (1996): *The Clash of Civilizations*. New York
- Kelly, Raymond C. (2000): *Warless Societies and the Origin of War*. Michigan
- Pospisil, Leopold (1994): "I am very sorry I cannot kill you any more": War and Peace among the Kapauku. In: Reyna, S. P. & Downs, R. E. (Hg.): *Studying War. Anthropological Perspectives*. Amsterdam, S. 113-126
- Price, Barbara J. (1984): Competition, Productive Intensification, and Ranked Society: Speculations from Evolutionary Theory. In: Ferguson, R. Brian (Hg.): *Warfare, Culture and Environment*. Orlando, S. 209-240
- Reyna, S. P. (1999): Deadly Developments and Phantasmagoric Representations. In: Reyna, S. P. & Downs, R. E. (Hg.): *Deadly Developments. Capitalism, States and War*. Amsterdam, S. 1-21
- Service, Elman (1966): *The Hunters. Foundation of Modern Anthropology Series*. New Jersey
- Vayda, Andrew P. (1960): *Maori Warfare. Polynesian Society Monographs, No. 2*. Wellington, New Zealand
- Vayda, Andrew P. (1967): Hypothesen zur Funktion des Krieges. In: Fried, Morton / Harris, Marvin / Murphy, Robert (Hg.): *Der Krieg. Zur Anthropologie der Aggression und des bewaffneten Konflikts*. Frankfurt am Main, S. 103-110
- Vayda, Andrew P. (1969): Expansion and Warfare among Swidden Agriculturalists. In: Vayda, Andrew (Hg.): *Environment and Cultural Behavior. Ecological Studies in Cultural Anthropology*. Texas, S. 202-220
- Vayda, Andrew P. (1976): War in Ecological Perspective. Persistence, Change, and Adaptive Processes in three Oceanian Societies. New York
- Wallace, Anthony (1967): Die psychologische Vorbereitung auf den Krieg. In: Fried, Morton / Harris, Marvin / Murphy, Robert (Hg.): *Der Krieg. Zur Anthropologie der Aggression und des bewaffneten Konflikts*. Frankfurt am Main, S. 207-219

Der Krieg und seine Ursachen – eine anthropologische Perspektive

Roland Kraml

1. Einleitung und Bestandsaufnahme

Derzeit gibt es in Medien und auch generell in einer breiten Öffentlichkeit eine weit verbreitete Erklärung zu aktuellen bewaffneten Konflikten: Es geht ums Öl.

Was diese etwas verkürzte Erklärung mit wissenschaftlicher Kriegsforschung gemeinsam hat, ob und wie Ressourcen mit Krieg ursächlich in Verbindung stehen und welche Rolle Medien in diesem Zusammenhang einnehmen (können), soll in den folgenden Kapiteln Thema dieses Artikels sein. Den Medien ist dabei ein eigenes Kapitel gewidmet, indem anhand einiger ausgewählter Beispiele möglichen Einflüssen der medialen Verbreitung kriegsrelevanter Berichterstattung nachgegangen wird.

Um das erwähnte Erklärungsmodell wissenschaftlicher Kriegsforschung, das vor allem auf materialistisch-anthropologischen Forschungen basiert, in einem breiteren Kontext verorten zu können, findet sich im Folgenden eine einleitende Bestandsaufnahme der vorherrschenden Zugänge und Konzeptionen zur Thematik.

In der gegenwärtigen Konfliktforschung kommt eine Unzahl an Definitionen des Wortes „Krieg“ zur Anwendung: Die „bewaffnete Auseinandersetzung zwischen zwei [oder mehreren], unabhängigen politischen Einheiten mit Mitteln organisierter militärischer Gewalt“, „öffentliche tödliche Kämpfe zwischen territorialen Gruppen“ oder „die sanktionierte Verwendung tödlicher Waffen durch Mitglieder einer Gesellschaft gegen Mitglieder einer anderen Gesellschaft“ werden in verschiedenen Variationen häufig als mögliche Definitionen angeführt (Ferguson 1984: 3, freie Übersetzung des Autors).

All diese Definitionen haben zwei Dinge gemeinsam: sie beziehen sich auf bestimmte Verhaltensweisen oder Handlungsoptionen und eine kriegsführende Einheit.

Krieg besteht jedoch nicht nur aus den eigentlichen Kampfhandlungen oder Schlachten, sondern bezieht auch die Mobilisierung und Vorbereitung der Bevölkerung(en), die (Um-)Verteilung von Ressourcen und Produktionskapazitäten, die Logistik in der industri-

len Kriegsführung und eine Vielzahl weiterer ökonomischer und sozialer Prozesse mit ein. Diese Prozesse abseits der Kampfhandlungen treten jedenfalls auch in „kalten Kriegen“ ohne bewaffnete Konfrontation auf.

In den hier genannten Zusammenhängen kann auch den – nationalen wie internationalen – Medien eine bedeutende Rolle zugeschrieben werden. Wenngleich diese Rollen kaum als Kriegsursachen festzumachen sind, stellen sie doch wichtige Faktoren im Rahmen der Kriegsvorbereitung dar und können auch Einfluss auf den Kriegsverlauf nehmen. Von Kriegsparteien oder anderen Interessengruppen lancierte gezielte Falschmeldungen, die Berichterstattung über Verletzungen von Menschen- und Kriegsrecht, beziehungsweise die Darstellung von Gräueltaten können den Kriegsverlauf und die verwendeten Kriegstaktiken beeinflussen und stehen in jedem Krieg auf der Tagesordnung.

Auch die Frage nach den an einem Krieg beteiligten Parteien ist mit diesen Definitionen nicht unbedingt abgedeckt. Oft sind diese kriegsführenden „Einheiten“ nicht als klar abgegrenzte Gruppen erkennbar oder vorhanden, ihre Natur und Grenzen werden erst durch den Konflikt selbst strukturiert beziehungsweise konstituiert.

Am Beispiel des Nahostkonfliktes lassen sich die erwähnten Punkte gut verdeutlichen: Die seit dem Wahlsieg der Hamas zu Beginn des Jahres 2006 andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Hamas und der Fatah gehören genauso zu einem Gesamtbild des israelisch-palästinensischen Konfliktes wie rechte jüdisch-orthodoxe Gruppen in Israel, welche eben jene Terrororganisationen (Hamas, Islamischer Dschihad und den bewaffneten Flügel der Fatah) finanziell und logistisch unterstützen und den Staat Israel nicht anerkennen. Auch palästinensische FriedensaktivistInnen, die zum Teil unter Lebensgefahr Israel (in den Grenzen von 1967) anerkennen und einen beiderseitigen Gewaltstopp fordern, sind Teil komplexer Verstrickungen über nationalstaatliche und/oder militärische Grenzen hinweg.

Wechselnde Zugehörigkeiten der Palästinenser zu verschiedenen Organisationen, bewaffnete Operationen der Fatah gegen die Hamas, ausgeführt vom mehrheitlich von ihr kontrollierten Sicherheits- beziehungsweise Polizeiapparat, erscheinen häufig als politisch legitimiert. Die Milizen des Premierministers (Hamas) reagieren mit Gegengewalt und der Islamische Dschihad spielt in den mühsam verhandelten Waffenruhen im innerpalästinensischen Konflikt, die stets nur von kurzer Dauer sind, eine genauso undurchsichtige Rolle wie

angebliche und/oder tatsächliche verdeckte Operationen der israelischen Nachrichtendienste.

In all diesen Fällen ist es dem fernen Beobachter kaum mehr möglich zwischen der Berichterstattung realer Geschehnisse und gezielten Falschmeldungen zu unterscheiden. Militärs verfügen über eigene Medienabteilungen und -beschäftigten, so wie zum Beispiel die US-Armee auch externe PR-Unternehmen, um die öffentliche Meinung zu ihren eigenen Gunsten zu beeinflussen.

Werden gezielt lancierte Falschmeldungen als solche erkannt, hat dies – manchmal auch mit großer zeitlicher Verzögerung, siehe Punkt 3 – negative Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der solcherart entlarvten Kriegspartei und kann der ursprünglich intendierten Wirkung einer Meldung diametral entgegenwirken.

Auch der seit dem Wahlsieg der Hamas vergrößerte Einfluss der umliegenden arabischen Länder und des Iran auf (auch „staatliche“) palästinensische Institutionen und Organisationen und die hinter dieser Einflussnahme stehenden Strategien zur Durchsetzung eigener Interessen erschweren eine eindeutige Analyse mittels der eingangs erwähnten Definitionen und Kategorien.

Der Krieg stellt also, folgt man obiger Argumentation, ein Gefüge oder Kontinuum dar, das wesentlich mehr als die eigentlichen Schlachten beinhaltet (ibid.).

Daher halte ich es für sinnvoll, nicht so sehr nach einer passenden Definition des Wortes zu suchen, sondern viel mehr das Phänomen Krieg selbst genauer zu untersuchen.

Dabei scheint es erstmal hilfreich zu fragen, ob denn Krieg oder Frieden die Ausnahme- beziehungsweise die Normalsituation darstellt.

Spätestens seit dem Beginn des Neolithikums (ca. 11000 v. Chr.) ist der Krieg ein immer wiederkehrender Bestandteil der menschlichen Geschichte. Die Geschichten und Sagen des Homer (wenngleich als Quelle nur bedingt nutzbar) aber auch Ansichten griechischer Philosophen wie Platon und Aristoteles, die Krieg und Frieden als normale sich abwechselnde Aspekte des menschlichen Lebens beschrieben, zeugen ebenso wie die europäische Geschichte der letzten 2000 Jahre von der „Normalität des Krieges“. Platon meinte gar, jeder „rechtschaffene“ Staat – womit die damaligen Stadtstaaten gemeint waren – solle mindestens einen Tag im Monat gegen einen anderen Staat zu Felde ziehen, wobei kein Bürger die Mühen des Krieges scheuen dürfe (Carneiro 1994: 16 und Ausenda / Pozzo 2002: 21f).

Besonders die europäische Geschichte zeigt deutlich auf: „[...] war is in some sense normal, and it is peace which requires explanation“ (Ferguson 1990: 29, vgl. auch Leach nach Carneiro 1994: 4).

Die Erforschung der Umstände, die die Abwesenheit von Krieg ermöglichen und womöglich gar erzwingen, ist also ein wichtiger aber lange Zeit vernachlässigter Bestandteil einer umfassenden Analyse des Phänomens.

2. Ein materialistisches Erklärungsmodell

Somit sind wir also bei der Frage nach den Ursachen des Krieges beziehungsweise nach den Ursachen, die eine Abwesenheit von Krieg ermöglichen, angelangt. Um das dargestellte Erklärungsmodell in der gegenwärtigen Diskussion verorten zu können, folgt ein kurzer Abriss anderer bestehender Konzeptionen zur Thematik.

Wenngleich die modernere Konfliktforschung „[...] gewaltlegitimierende Überzeugungen als Ursachen unfriedlicher Konfliktaustragung [...]“ anführt und sich dabei auf „Handlungs-, Spiel-, Lern-, Motivations-, Pluralismus-, Weltsystem, Deprivationstheorie [...]“ und viele mehr beruft, scheinen mir diese Erklärungen, wie im Folgenden genauer ausgeführt werden soll, doch wesentlich zu kurz zu greifen (Orywal in WdV 1999: 213).

Auf bisher gescheiterte Erklärungsversuche, die sich auf Instinkte, menschliche oder „tierische“ Triebe oder eine in den Genen festgeschriebene Prädisposition des Menschen zu Aggressivität und Kriegsführung beziehen, soll hier nicht weiter eingegangen werden.

„Denn solche Ansätze sind nutzlos in Bezug auf die Beantwortung zentraler anthropologischer Fragestellungen: Warum variieren Frequenz und Intensität von Krieg über die Zeit hinweg? Warum nimmt der Krieg so viele verschiedene Formen an? Und vor allem: Warum kommt Krieg in manchen Gesellschaften überhaupt nicht vor?“ (Hakami 2004: 223f).

Auch ideologische, religiöse oder politische Motivationen als Begründung von kriegerischen Auseinandersetzungen können vielmehr als Form des Ausdrucks denn als Ursache eines Konfliktes gesehen werden. Sie dienen dazu, den Anspruch auf die Durchsetzung eigener Interessen zu rationalisieren, gegebenenfalls zu legitimieren, zur Mobilisierung der Bevölkerungen oder auch dazu, die eigentlichen Interessen eines Waffenganges zu verschleiern. Durch die Propagierung normativer ideologischer Inhalte nehmen Medien und auch einzelne Personen des öffentlichen Interesses als Meinungsbildner und soziale

Multiplikatoren eine wichtige Rolle bei der Verbreitung derartiger Argumentationen ein.

Erklärungsmodelle, welche materielle Ursachen in die Analyse miteinbeziehen, erscheinen in diesem Zusammenhang praktikabler. So formen demographische Gegebenheiten wie ein ständig wachsender Bevölkerungsdruck aufgrund von Ressourcenmangel oder die in einer Gesellschaft vorherrschende Technologie, Arbeitsteilung und Produktionsweisen die strukturellen Interaktionsmuster von Verwandtschaft, Ökonomie und Politik. Diese wiederum determinieren ideologische und superstrukturelle Verhaltens- und Denkmuster (Ferguson 1990: 28f).

Geht man weiter davon aus, dass es sich beim Phänomen Krieg also um die Durchsetzung von Gruppeninteressen handelt, welche durch materielle Gegebenheiten bestimmt sind, so erschließt sich die Erkenntnismöglichkeit für die Ursachen dieser Form der organisierten Gewalt.

„Krieg unterscheidet sich von anderen Arten der Gewalt insofern, als der Krieg von organisierten Kollektiven durchgeführt wird und stärker kollektive Ziele als individuelle verfolgt. Demnach müssen die Ursachen für den Krieg in der Natur dieser Kollektive gesucht werden und nicht in der des Individuums“ (Hakami 2004: 223ff).

Folgt man der Argumentation von Hakami und Ferguson, lassen sich aus diesen Zusammenhängen drei grundlegende materielle Ziele von gesellschaftlichen Gruppen und/oder Gesellschaften ableiten: Die Erhaltung oder Verbesserung (1) des Zuganges zu Ressourcen, (2) der Produktionsbedingungen und (3) der Sicherheitslage in Hinblick auf mögliche Bedrohungen (ibid.).

Nun können diese Ziele in vielen Fällen, wenn schon nicht mit friedlichen, so zumindest mit nicht-kriegerischen Mitteln, verfolgt werden. Ist dies nicht mehr möglich, etwa aufgrund eines zu starken Ressourcendruckes, führt dies nahezu unweigerlich zu Konflikten, sofern die militärischen Kapazitäten auf die Möglichkeit der Durchsetzung eigener Interessen schließen lassen. Häufig kann auch die glaubhafte Androhung militärischer Gewalt (oder im Vorfeld dazu die Androhung wirtschaftlicher Sanktionen, welche die Aufbringung militärischer Kapazitäten zu deren Durchsetzung beinhaltet) dazu beitragen, die angestrebten materiellen Ziele zu erreichen, ohne dass es zu Kampfhandlungen kommt.

Neben den hier genannten drei grundlegenden materiellen Zielen kann natürlich auch noch eine Vielzahl weiterer Implikationen eine Rolle spielen. Nicht-materielle Ziele allei-

ne führen jedoch im Regelfall nicht zu Kriegen, was auf die hohen Kosten einer militärischen Auseinandersetzung zurückzuführen ist: Kriege kosten Leben, Gesundheit, Ressourcen und vermindern (zumindest kurzfristig) die „eigene“ Sicherheit (ibid. und Schlichte 2003: 124f). Anders gesagt: Fehlt die materiell-ökonomische Notwendigkeit Bevölkerungs- und Ressourcendruck durch Krieg entgegenzuwirken, passen sich ideelle und ideologische beziehungsweise sämtliche superstrukturellen Gegebenheiten diesen Bedingungen an.

Ein weiteres Argument materielle Erklärungen zum Nutzen des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnes den idealistischen vorzuziehen lautet: „War is one of the most incessant and important activities in which the social organism engages; and to treat war merely as a moral delinquency is to shut ourselves off from valuable source of information as to ... [society's] nature“ (Taylor zit. n. Carneiro 1994: 3f).

Den Krieg als „nichtfunktionalen pathologischen Gesellschaftszustand“ wahrzunehmen bedeutet die Erkenntnismöglichkeiten über signifikante ökologische und sozio-ökonomische Implikationen zu negieren (Carneiro in Otterbein 1970: o.S. - Vorwort). Natürlich soll die Argumentation, dass Krieg eine bedeutende sozio-ökonomische Funktion erfüllt, nicht als Kriegsbefürwortung oder gar Entschuldigung für Gräueltaten missverstanden werden. Wohl jeder mit der Materie befasste Forscher ist sich der Grausamkeit und Unmenschlichkeit bewusst, die in sämtlichen kriegerischen Auseinandersetzungen zu Tage treten. Die Erforschung der Funktion von Waffengängen ist jedoch Voraussetzung um in bestehenden Konflikten vermitteln und um künftigen bewaffneten Konfliktaustragungen entgegenwirken zu können.

Den Zugang zu Ressourcen zu sichern ist also, wie beschrieben, einer der Hauptgründe für die Unternehmung eines Kriegszuges.

Heutzutage handelt es sich dabei fast immer um Energie, die neben Nahrungsmitteln die „grundlegendste Ressource“ und den Motor sozialer und kultureller Entwicklung darstellt. Mit zunehmender Knappheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen ist auch eine andere Tendenz bei Großmächten (sowie auch bei Großkonzernen) festzustellen: Ist es aufgrund geostrategischer und/oder geographischer Gegebenheiten nicht möglich, bestimmte Ressourcen für sich selbst zu akquirieren, versuchen diese Interessengruppen zumindest zu verhindern, dass ein direkter Konkurrent, oder in militärischer Diktion „Feind“, diese für sich nutzen kann.

Bis heute war der „limiting factor“ in der Weltwirtschaft das Geld. Jeder Staat, der über genügend Mittel verfügt, kann Ressourcen in jeder gewünschten Menge am Weltmarkt erwerben – das gilt natürlich auch für Energie. Fossile Brennstoffe sind als Hauptenergielieferant im Gegensatz zu nur als Buchwert existentem Geld erstens real vorhanden und zweitens endlich. Wenn sich diese Brennstoffe verknappen, wird Energie (derzeit hauptsächlich Erdöl) und nicht mehr Geld der „limiting factor“ im zwischenstaatlichen Handel sein. An diesem Punkt angelangt werden Staaten, sofern noch keine alternativen Energiequellen und alternative Materialien zur Herstellung von aus Rohöl(-derivaten) gewonnenen Gütern in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen, aus oben genannten Gründen alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um sich den Zugang zu den restlichen verbliebenen Quellen zu sichern (Carneiro 1994: 22).

Nicht nur die Verfügungsgewalt verschiedener Staaten und Konzerne über Ressourcen wie Erdöl birgt, wie bereits erwähnt, das Potenzial zu Konflikten. Bereits der Transport über verschiedene Handelswege und Pipelines führen zu, derzeit meist unbewaffneten, politischen Auseinandersetzungen. So führte der Bau der sogenannten Ostsee-Pipeline durch Gasprom, BASF und E.ON, welche Russland und die Bundesrepublik Deutschland unter der Umgehung polnischen Staatsgebietes verbindet (was trotz erheblicher Mehrkosten der unterseeischen Verlegung der Pipeline scheinbar als wichtiger erachtet wurde) zu erheblichen Spannungen zwischen Polen und Deutschland. Auch der Bau einer Pipeline von Baku nach Ceyhan durch ein Konsortium um BP (zu großen Teilen von der Weltbank finanziert) verursachte nicht unwesentliche Verstimmungen zwischen Russland und verschiedenen an der Umsetzung des Projektes interessierten Nationen: Russland sah seinen Einfluss auf Teile der zentralasiatischen Ölreserven schwinden.

3. Krieg und Medien – ein Auszug gegenseitiger Beeinflussung

In diesem Kapitel folgt ein exemplarischer Auszug der Verquickung von Medien und Krieg an einigen zugegebenermaßen radikalen Beispielen: Die Beeinflussung von Medien über deren Eigentümer und der Nachweis von gezielten Falschmeldungen als Kriegsbegründung.

Wie bereits erwähnt, spielen die Medien als soziale Multiplikatoren eine entscheidende Rolle nicht nur bei der Kriegsvorbereitung,

sondern auch während und nach den Kampfhandlungen.

So galten Berichte über die Ermordung von Babys durch irakische Truppen in Kuwait als letzte öffentliche Begründung der USA im Januar 1991 nach monatelanger Vorbereitung und massiver Truppenkonzentration in der Golfregion in den zweiten Golfkrieg einzusteigen. Die Empörung über diese Grausamkeiten einte die US-Öffentlichkeit hinter den Kriegsplänen der damaligen Administration. Eine der HauptzeugInnen für die auch „Brutkastenmorde“ genannten Vorfälle, eine angeblich kuwaitische Krankenschwester, entpuppte sich als Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, das Bildmaterial als gefälscht. Die Glaubwürdigkeit der USA schien daraufhin stark angeschlagen und Spekulationen über die eigentlichen Gründe des Krieges konterkarierten die ursprünglich intendierte Wirkung der „Brutkastenmorde“ (Beham 2006: o.S.).

Die von der CIA gefälschten Beweise über irakische Massenvernichtungswaffen für eine Rede des damaligen US-Außenministers Colin Powell vor der UNO im Laufe der Anbahnung des dritten Golfkrieges konnte wesentlich schneller enttarnt werden. Die mediale Berichterstattung über die Fälschung der Beweise war in der Folge wesentlich ausführlicher als die vorangegangene über etwaige chemische und biologische Waffen im Irak.

Medien sind natürlich, so wie wir alle, Teil des ökonomischen Systems, arbeiten gewinnorientiert und werden gezielt eingesetzt, um bestimmte Meinungen zu transportieren.

Als bekanntes Beispiel kann man hier wohl die tendenziöse, regierungsfreundlich-unkritische und von Selbstzensur geprägte Berichterstattung des US-amerikanischen Senders FOX-News nennen.

Ein weiteres Beispiel ist das NBC-Fernsehen, das 1983 von General Electric (GE) gekauft wurde. GE betreibt Atomkraftwerke und entwickelt Atomwaffen für die US-Regierung. In der Folge der Übernahme wurde NBC jegliche Berichterstattung über Kritik an Atomwaffen und Atomenergie untersagt (Zumach 2006: 160f).

In Frankreich kontrolliert der Rüstungskonzern Dassault, der unter anderem das Kampfflugzeug „Mirage“ herstellt, seit Anfang des Jahres 2004 82% der Mediengruppe Socpresse. Zu ihr gehören die auflagenstarke Tageszeitung „Figaro“ und das Wochenmagazin „Express“ sowie 68 weitere Blätter aus allen Provinzen Frankreichs, die dort häufig eine Monopolstellung innehaben. Ein weiterer Riese der französischen Rüstungsindustrie, Lagardère, kontrolliert die Magazine „Elle“ und „Paris Match“ und ist nach eigenen Angaben

weltgrößter Herausgeber derartiger Magazine mit über einer Milliarde an jährlich verkauften Exemplaren (ibid. und http://www.lagardere.com/groupe/media_magazines.shtml).

Mira Beham, Diplomatin bei der OSZE und Publizistin, führt in ihrem Buch „Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik“ einige weitere Funktionen der Medien beziehungsweise der medialen Kriegsberichterstattung an. So diene die häufig tendenziöse Berichterstattung der Feindbildkonstruktion, der Bedienung stereotyper Vorstellungen über die „Feinde“ und nicht zuletzt der Delegitimierung des Gegners mittels Dehumanisierung. Wird eine kriegsführende Partei in den Medien als Gruppe gefühlloser, bestialischer Schlächter oder Verbrecher dargestellt, so kann es sich dabei einerseits sehr wohl um eine emotionalisierte/emotionalisierende Darstellung realer Vorkommnisse handeln, andererseits, so die „gegnerische“ Bevölkerung als homogener Block dargestellt wird, auch um ein Mittel zu polarisieren und „die eigene Sache“ zu legitimieren und positiv zu besetzen.

4. Die Kriegsökonomie als „Selbstläufer“

Kriege können im Laufe der Kampfhandlungen eine Eigendynamik entwickeln, eine „spezifische soziale Konstellation, [...] [die] gegenwärtig unter einem Begriff zusammengefasst [wird], dem der Kriegsökonomie“ (Schlichte 2003: 126). Wichtige ökonomische Abläufe und Praktiken können nur noch mit der Fortdauer des Krieges aufrechterhalten werden und stehen den Möglichkeiten einer gewaltfreien Einigung diametral gegenüber. Schlichte definiert eine Kriegsökonomie als sozialen Raum, „in dem die Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verläuft [...]“ und der sich außerdem durch vier systemische Tendenzen auszeichnet: „ihre Tendenzen zur inneren wie äußeren Expansion, zur Informalisierung und zur Entgrenzung“ (Schlichte 2003: 127).

Die innere und äußere Expansion bedeutet die Einbeziehung von immer mehr Wirtschaftszweigen, Produktionskapazitäten und „human resources“ in die Abläufe der Kriegsökonomie. Die Kriegsökonomie zeichnet sich also nicht nur durch ihre enge Verschränkung mit „kriegstypischen“ Gütern wie Waffen aus, sondern umfasst alle Wirtschaftsbereiche, vor allem aber jene, die Deviseneinkünfte zu sichern vermögen (ibid.).

Ebenso wie die Entgrenzung der Kriegsökonomie über globalisierte Wirtschaftsstrukturen bedeutet die genannte Expansion

auch immer eine Destabilisierung der angrenzenden Regionen sowie auch als Resultat der Informalisierung eine Verfestigung des kriegsökonomischen Systems.

Die Profiteure dieses Systems versuchen es aufrechtzuerhalten, und allzu oft scheitern Friedensbemühungen an der fehlenden Einsicht über die ökonomischen Implikationen eines Konflikts. Werden „nur“ ethnische, religiöse oder ideologische Differenzen in die Betrachtung miteinbezogen, bleiben diese Anstrengungen meist vergebens.

5. Conclusio

Das derzeitige Weltwirtschaftssystem begünstigt und benötigt Kriege, um aufrechterhalten werden zu können. Enormer Energiehunger, die Notwendigkeit der Wirtschaft ständig weiter zu wachsen, starkes Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern und die Begrenztheit der vorhandenen Ressourcen „zwingt“ staatliche und in zunehmendem Maße auch nichtstaatliche Akteure ihren ökonomischen Erfolg durch die Anwendung von Gewalt zu sichern. Die europäischen Nationalstaaten sind derzeit noch in der Lage, ihren Zugang zu Ressourcen mittels der installierten postkolonialen Strukturen zur Ausbeutung der Dritten Welt (Weltbank, WTO, IWF, etc.) und der gemeinsam mit den USA vorangetriebenen Etablierung eines globalisierten neoliberalen Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Die Verwendung der nationalstaatlichen Budgets wird den Ländern der Dritten Welt von Weltbank und Internationalem Währungsfonds diktiert, und bislang schaffte es noch kein Land, das den „Empfehlungen“ der Weltbank folgte, aus der Schuldenfalle zu entkommen (Ziegler 2003: 107, 146f, 155 und 162f).

Die zunehmende Verknappung der Rohstoffe und die vergleichsweise billigen Produktionsmöglichkeiten außerhalb der westlichen Industrienationen werden jedoch auch hier über kurz oder lang entsprechende Maßnahmen erzwingen.

Die hier dargelegten Ursachen für Kriege zeigen auf, dass nur durch die Veränderung ideeller, ideologischer oder moralischer Einstellungen kein Krieg zu verhindern sein wird. Insofern kann die Berichterstattung der Medien zwar die öffentliche Meinung beeinflussen, ökonomische Zwänge und „Notwendigkeiten“ bestimmen aber das Geschehen. Dadurch kann die mediale Berichterstattung nur als symptomatisch und nicht als ursächlich mit Krieg und Frieden in Verbindung stehend gesehen werden. Nur eine Veränderung der infrastrukturellen Gegebenheiten, des Wirtschaftssystems (was wahrscheinlich, sollte es

überhaupt möglich sein, ebenso ein Kriegsgrund wäre) oder ein relativer Überfluss an Energie könnten zukünftige „große heiße“ Kriege verhindern.

Literatur

Ausenda, Giorgio / Pozzo, Riccardo (2002): The evolution of learned thinking on the significance of war from classical Greece to the Renaissance: A survey. In: Ausenda, Giorgio: Effects of War on Society. Woodbridge, o.A.

Beham, Mira (2006): Kriegstromein. Medien, Krieg und Politik. München

Carneiro, Robert L. (1970): Vorwort. In: Otterbein, Keith F. (1970): The Evolution of War. HRAF Press, o. S.

Carneiro, Robert L. (1990): Chiefdom-level warfare as exemplified in Fiji and the Cauca Valley. In: Haas, Jonathan (Hg.): The Anthropology of War. Cambridge, S. 190-211

Carneiro, Robert L. (1994): War and Peace: Alternating Realities in Human History. In: Reyna, S. P. & Downs, R. E. (Hg.): Studying War. Anthropological Perspectives. OPA Amsterdam, S. 3-27

Ferguson, Brian R. (1984): Warfare, Culture, and Environment. London

Ferguson, Brian R. (1990): Explaining War. In: Haas, Jonathan (Hg.): The Anthropology of War. Cambridge, S. 26-55

Hakami, Khaled (2004): Clash of Structures: Eine Kriegs-Erklärung zwischen Sozialanthropologie und Geschichtswissenschaft. In: Steffelbauer, Ilja / Kolnberger, Thomas / Weigl, Gerald (Hg.): Krieg und Akkulturation. Wien, S. 223-231

Orywal, Erwin (1999): Konflikttheorien. In: Hirschberg, Walter (Hg.): WdV – Wörterbuch der Völkerkunde. Berlin, S. 213

Schlichte, Klaus (2003): Profiteure und Verlierer von Bürgerkriegen: Die soziale Ökonomie der Gewalt. In: Ruf, Werner (Hg.): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen, S. 124-143

Zumach, Andreas (2006): Medien am Gängelband der Rüstungsindustrie. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus. Wien, S. 159-164

Ziegler, Jean (2003): Die neuen Herrscher der Welt. München

www.lagardere.com/groupe/media_magazines.shtml (Stand: 06.10.2006)

Die kriegsmobilisierende Funktion russischer Medien im zweiten Tschetschenienkrieg

Georg Leitner

1. Einleitung

Nach dem Zerfall der Sowjetunion forderte die russische Provinz Tschetschenien die Separation von Russland, was den Einmarsch der russischen Armee und den Beginn des ersten Tschetschenienkrieges zur Folge hatte. Nach dessen Beendigung 1996 kam es im Jahre 1999 unter Präsident Vladimir Putin zu einem erneuten Feldzug gegen die abtrünnige Region, welche im Zuge des internationalen „Krieges gegen den Terrorismus“ seitens des Kremls offiziell als eine „Anti-Terror-Operation“ bezeichnet wurde. In beiden Kriegen spielten die russischen Medien eine bedeutende Rolle. Während der erste Krieg aufgrund einer unzensurierten und kritischen medialen Darstellung bei der Bevölkerung recht unpopulär war, so trug beim zweiten Tschetschenienfeldzug die Berichterstattung in den russischen Medien, welche zunehmend vom Staat kontrolliert wurden, zu dessen Legitimation in der Öffentlichkeit bei.

In dieser Arbeit sollen in weiterer Folge die Medienstrategien diskutiert werden, welche die russische Staatsführung anwendet, um öffentlichen Zuspruch zum militärischen Einsatz in Tschetschenien zu gewinnen. Um den Zusammenhang zwischen den russischen Medien und dem Tschetschenienkonflikt herzustellen, soll nun zuerst auf die Lage der russischen Medienlandschaft eingegangen werden.

2. Überblick über die derzeitigen Arbeitsbedingungen von Medien und Journalisten¹ in Russland

Gegen Ende der Sowjetunion kam es im August 1990 unter Michail Gorbatschow zum Erlass eines neuen Pressegesetzes, welches Privatpersonen erstmals erlaubte Zeitungen herauszugeben. Dieses hatte die Aufhebung der Zensur seitens des Staates zur Folge. Aufgrund zunehmender Produktions- und Vertriebskosten waren im Laufe der 90er Jahre jedoch viele Journalisten dazu gezwungen,

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichte ich diesem Paper bewusst auf eine gendersensitive Schreibweise.

neue Geldgeber zu suchen. Vor allem halbstaatliche Betriebe wie Lukoil und Gasprom und reiche Geschäftsmänner wie Boris Beresowskij nutzten diese Situation, um Fernsehsender und Zeitungen zu kaufen und den eigenen politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu vergrößern. Als ein Ergebnis zunehmender finanzieller Abhängigkeit wurden in der Folge weite Teile der russischen Medienlandschaft von privaten Unternehmern, Firmen und durch den Staat kontrolliert (Thumann 2005: 49f).

Unter dem zweiten russischen Präsidenten Vladimir Putin kam es Ende der 90er Jahre zu einer drastischen und kontinuierlichen Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Russischen Föderation. Die restriktive Pressepolitik des Kremls liegt laut Jens Siegert in der Motivation begründet, Russland so schnell wie möglich wieder zu alter Größe zurückzuführen. Bei dieser Entwicklung werden Kritik an der Politik Putins und langwierige Überzeugungsarbeit und Kompromisse durch demokratische Prozesse als unnötig und störend empfunden. Russische Medien spielten auch eine bedeutende Rolle für den Aufstieg Putins und dessen Popularität in der russischen Bevölkerung, wobei sich vor allem sein Stratege und Wahlkampfmanager Gleb Pawlowski für die positive Darstellung des Präsidenten in den Medien verantwortlich zeichnet (Siegert 2003: 166ff).

Ein besonders relevanter Sektor der Medienlandschaft sind dabei die elektronischen Massenmedien. Das Fernsehen ist neben dem Radio das einzige Massenmedium, welches auch in die entferntesten Gegenden der Russischen Föderation vordringt. Zeitungen dagegen, vor allem solche mit seriösen Inhalten, erreichen nur einen kleinen Teil der russischen Bevölkerung, und auch das Internet wird nur von 10 Prozent der Russen genutzt. In der Wichtigkeit dieses Mediums liegt wohl auch die Motivation des Kremls begründet, Kontrolle über alle großen, überregionalen russischen Fernsehsender auszuüben (ebd.). Doch wird seitens des Staates auch versucht, im Bereich der Printmedien die Meinungsfreiheit einzuschränken. Ende November 2006 kündigte die inzwischen schon staatlich kontrollierte Firma Gasprom an, die Boulevardzeitung Komsomolskaja Prawda, welche mit 2,1 Millionen Lesern täglich die meistgelesene Zeitung des Landes ist, zu kaufen. Der russische Gasmonopolist verfügt bereits über den Fernsehsender NTV und die Zeitung Iswestija (Der Standard, 23.11.06: 4).

Die am 9. Dezember 2000 verabschiedete Doktrin über Informationssicherheit ist eine von mehreren Dokumenten, in dem die restriktive Medienpolitik des Kremls niederge-

geschrieben worden ist. So ist in dieser zu lesen, dass es zu einer „Deformierung des Systems der Massenmedien“ und zu einer „unkontrollierten Ausweitung des Sektors ausländischer Medien im vaterländischen Informationsraum“ (Siegert 2003: 162) gekommen sei. Die „Doktrin über informationelle Staatssicherheit“ plädiert für eine Stärkung der staatlich kontrollierten Massenmedien und beklagt „den Mangel (...) an verfassungsmäßigen Einschränkungen der massenhaften Informationsfreiheit im Interesse des Schutzes der Grundlagen der konstitutionellen Ordnung, der Moral, der Gesundheit, der Rechte und legalen Interessen der Bürger, zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Landes und der Sicherheit des Staates.“ (Siegert 2003: 163).

Offiziell beruft man sich dagegen immer wieder auf demokratische Werte. So meinte Putin etwa am Anfang seiner ersten Amtsperiode zum Thema Bürgerrechte: „Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit und Freiheit der Massenmedien bilden das Fundament einer zivilisierten Gesellschaft. Der Staat wird sie schützen, genauso wie die Sicherheit seiner Bürger.“ (Format, 02/2000: 51). Dieser offene Widerspruch der Bekennung zur Pressefreiheit einerseits, und deren drastischen Einschränkung in der politischen Praxis andererseits, legt den Schluss nahe, dass Putin durch solche Aussagen nur den Druck seitens des Westens, Russland zu demokratisieren, mindern will.

2.1. Der Umgang mit Journalisten

Neben der weitgehenden Einschränkung der Pressefreiheit kommt es in Russland auch zunehmend zu Repressionen gegenüber Journalisten, die kritisch über die Regierung oder über den Tschetschenienkrieg berichten. So stellt der Jahresbericht 2006 der „Reporters without Borders“ fest, dass sich die Arbeitsbedingungen für Journalisten im Jahr 2005 stark verschlechtert haben. Laut Bericht sehen sich viele in Russland tätige Journalisten aufgrund der zunehmenden Gewalt ihnen gegenüber dazu veranlasst, sich selber in ihrer Berichterstattung stark zu zensieren. 2005 wurden ein Reporter und ein Kameramann umgebracht, ein Leiter einer Pressegruppe entkam einem Mordanschlag, acht Journalisten wurden körperlich angegriffen und weitere acht wurden verhaftet. Darüber hinaus kam es zu einem Rückgang unabhängiger Medien und zur Schließung mehrerer unabhängiger Zeitungen aufgrund hoher Geldstrafen. Der Bericht klagt auch die strikte Zensur der durch den Kreml oder durch Personen aus dem Regierungsumkreis kontrollierten Fernsehstationen an. Vom Standard europäischer Pressegesetze ist man

somit in Russland noch weit entfernt (Reporter without Borders Annual Report 2006: 98).

Der Mord an der Journalistin Anna Politkovskaja im Oktober 2006 – sie war auch international für ihre kritische Berichterstattung über den Tschetschenienkrieg bekannt und galt als eine der profiliertesten Gegner Putins – hat weltweit Bestürzung ausgelöst und ist ein trauriges Beispiel dafür, welchen Gefahren kritische Journalisten in Russland ausgesetzt sind. Auch der frühere russische Präsident Michail Gorbatschow klagte diesen Mord an und meinte: „Dies ist ein Schlag gegen die gesamte demokratische unabhängige Presse, ein schweres Verbrechen gegen das Land und gegen uns alle“ (Der Standard, 9.10.2006: 2). Unabhängig davon, ob Putin diesen Mord in Auftrag gegeben hat oder nicht, so hat er – laut Nina Chruschtschowa – zumindest durch seine Missachtung des Gesetzes ein gewisses Klima geschaffen, in welchem solch ein Mord stattfinden konnte. Seit Putins Amtsantritt sind bereits 12 führende Journalisten durch Mordanschläge umgekommen (Der Standard, 10.10.2006: 27).

3. Die Rolle der Medien als Kriegstreiber im Tschetschenienkonflikt

3.1. Der Zusammenhang von Medien und Krieg

Wenn Staaten Krieg führen, bedarf es vor allem der Zustimmung der eigenen Bevölkerung, um diesen demokratisch zu legitimieren. In Demokratien ist es besonders schwierig, friedliche Bürger davon zu überzeugen, diesen mit Steuergeldern mitzufinanzieren beziehungsweise selber in den Krieg zu ziehen. Laut Jürgen Rose lassen sich „gerade demokratische Öffentlichkeiten, die Krieg normalerweise als illegitimes Mittel in der Politik betrachten, (...) nur durch geschickte und überzeugende Propaganda von dessen Notwendigkeit überzeugen. Die Entscheidung zum Krieg bedarf in Demokratien mittlerweile der Beschwörung von Menschheitsbedrohungen wie Massenvernichtungswaffen, Terrorismus oder Völkermord“ (Rose 2005: 41).

Von großer Relevanz ist in Kriegszeiten auch die Gleichschaltung der Massenmedien, um dadurch zu gewährleisten, dass die öffentliche Meinung mit den Ansichten des Staates konform geht. Misslingt diese Vereinheitlichung, kann dies schnell zu einer politischen Niederlage führen und aufgrund des Mangels an demokratischer Legitimation den Abzug der eigenen Truppen aus dem Kriegsgebiet bedeuten. Exemplarisch dafür steht der Vietnamkrieg, in welchem die öffentliche Mei-

nung eine entscheidende Rolle für den Rückzug amerikanischer Truppen aus Vietnam spielte (ebd.).

Im Laufe der Zeit kam es zu einer Verfeinerung der Kriegspropagandastrategien, welche seit dem Vietnamkrieg vor allem vom Pentagon ausgehen. Im Zweiten Golfkrieg 1991 etwa etablierte sich das Pool-System. Bei einer vom Pentagon organisierten Konferenz wurden amerikanische und ausländische Medienvertreter auf die Gefahren hingewiesen, denen Journalisten aufgrund irakischer Chemiewaffen bei einem direkten Aufenthalt im Kriegsgebiet ausgesetzt wären. Das Pentagon bot ihnen stattdessen die Versorgung mit Filmmaterial und Informationen aus dem damaligen militärischen Hauptquartier der amerikanischen Truppen in Saudi Arabien an. Rund 95 Prozent der anwesenden Medienvertreter gingen auf dieses Angebot ein und zensurierten sich dadurch selbst (Zumach 2006: 162).

Im Dritten Golfkrieg 2003 kam zum ersten Mal das Konzept der „embedded journalists“ zur Anwendung. Journalisten wurden direkt in die kämpfende Gruppe der amerikanischen Streitkräfte integriert, um so live vom Ort des Geschehens berichten zu können. Jedoch kam es dadurch ebenfalls zu einer strengen Zensur der Kriegsberichterstattung: Der eingebettete Journalist durfte sich nur in einem eingegrenzten Raum bewegen, sämtliche Interviews mit Angehörigen des Militärs mussten protokolliert werden, es durften nur allgemeine Angaben über den Kriegsverlauf veröffentlicht werden und der Zugang zu Kriegsgefangenen sowie die Berichterstattung über gefallene und verletzte amerikanische Soldaten war stark eingeschränkt. Im Endeffekt entsprach die Darstellung des Krieges durch die „embedded journalists“ dem Bild, welches das Pentagon vom Krieg vermitteln wollte. Anstatt über die Gräueltaten und das Elend des Irakkrieges zu berichten, wurde dieser ausschließlich als eine erfolgreiche Operation dargestellt (Rose 2005: 42ff). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass „als Vermittler von Nachrichten und Informationen (...) die Medien ganz wesentlich dazu beitrugen, die öffentliche Meinung zu formen, die letztendlich über Krieg und Frieden mitentscheidet“ (Beham 2001).

3.2. Die Bedeutung der Medien im Tschetschenienkonflikt

Auch beim Tschetschenienkonflikt spielen die russischen Medien eine besondere Rolle für die Legitimation des Krieges durch die Bevölkerung. Während des ersten Tschetschenienkrieges, welcher von 1994 bis 1996 andauerte,

wurden die tschetschenischen Rebellen als Freiheitskämpfer dargestellt, während die russischen Streitkräfte als demoralisiert und gewalttätig beschrieben wurden. Generell wurde er von den russischen Medien als ein schmutziger Krieg mit einem zweifelhaften Ziel präsentiert, und war dementsprechend unpopulär bei der russischen Bevölkerung. Journalisten konnten sich zu dieser Zeit auch relativ frei im Kriegsgebiet bewegen und über die Missstände und das militärische Scheitern der russischen Truppen berichten.

Im zweiten Tschetschenienfeldzug dagegen, welcher 1999 begann und von Putin 2000 offiziell für beendet erklärt wurde, kam es zu einer massiven Einschränkung und Zensur der unabhängigen Berichterstattung über den Krieg. So beklagt etwa Alexej Simonov, der Präsident der „Stiftung zur Verteidigung von Glasnost“, dass viele Journalisten aus dem Kriegsgeschehen herausgehalten wurden und – bis auf einige wenige – die offiziellen Informationen der russischen Seite akzeptierten. Weiters erhält die russische Bevölkerung nur wenige oder manipulierte Informationen über den Krieg und dessen Hintergründe. Oft wird auch nicht weiter nachgefragt, da dies im Zuge des „Kampfes gegen den Terrorismus“ als „unpatriotisch“ angesehen wird (Siegert 2003: 153f).

Zu Beginn des Krieges wurde das Russische Informationszentrum „Rossinformzentr“ vom Kreml geschaffen, welches den Zugang und die Berichterstattung von Journalisten aus Tschetschenien stark eingeschränkt hat: Wer als Journalist aus Tschetschenien berichten will, muss sich dort akkreditieren und darf nur in Begleitung von dessen Mitarbeitern recherchieren. Diese entscheiden darüber, wo man sich aufhalten und welche Person zu welchem Zeitpunkt befragt werden darf. Diese Maßnahme soll offiziellen Angaben zufolge der Sicherheit der Journalisten dienen, macht aber eine kritische Kriegsberichterstattung beinahe unmöglich. Weiters greifen die Begleiter des Informationszentrums auch in Interviews mit Tschetschenen ein, korrigieren gegebenenfalls deren Aussagen oder brechen gar das Gespräch ab. Das „Rossinformzentr“ wurde laut Sergej Jastrshembkskij – welcher für das Bild des Tschetschenienkrieges in der Öffentlichkeit zuständig ist – deshalb vom Kreml eingerichtet, da der erste Tschetschenienfeldzug aus Sicht der Regierung aufgrund einer „propagandistischen Niederlage“ verloren wurde (Siegert 2003: 156f).

Hier lassen sich deutliche Parallelen zu den USA ziehen, einerseits hinsichtlich des als unpatriotisch empfundenen Hinterfragens der politischen Entscheidungen der Regierung im „Kampf gegen den Terror“, und andererseits

im Bezug auf die angewandten manipulativen und zensierenden Strategien der Staatsführung. Das „Rossinformzentr“ verfolgt ähnliche Ziele wie das Konzept der „embedded journalists“, da bei beiden Methoden die Bewegungsfreiheit der Journalisten im Kriegsgebiet stark eingeschränkt wird, die Interviewsituation massiv beeinflusst wird und somit die Berichterstattung und Darstellung des Krieges in der Öffentlichkeit ganz im Sinne der russischen beziehungsweise der amerikanischen Regierung erfolgt.

Die oben erwähnte Relevanz der Gleichschaltung der Massenmedien in Kriegzeiten findet auch in einer prägnanten Aussage eines Pressesprechers von Putin im Februar 2000 seinen Ausdruck: „Wenn die Nation ihre Kräfte für eine bestimmte Aufgabe mobilisiert, bringt das Verpflichtungen für jeden Einzelnen, auch in den Medien“ (Thumann 2005: 50).

Um kritische Berichte zu vermeiden, versucht die russische Regierung auch seit Herbst 2002 Recherchen von Journalisten und die Befragung von tschetschenischen Flüchtlingen im angrenzenden Inguschetien, wohin ein großer Teil der Tschetschenen aufgrund des Krieges geflüchtet ist, zu unterbinden. Trotz aller Widrigkeiten schaffen es Korrespondenten immer wieder, aus dem Krisengebiet zu berichten. Doch selbst bei Einhaltung aller Vorschriften kommt es vor, dass in Tschechenien oder in Inguschetien gemachte Aufnahmen beschlagnahmt werden (Siegert 2003: 158ff).

So wurden etwa Ende November 2006 Susanne Scholl, die Russland-Korrespondentin des Österreichischen Rundfunks, sowie ihr Kameramann und Tontechniker, trotz genehmigter Dreharbeiten und Recherchen in Tschechenien kurzfristig festgenommen und ein Teil des gedrehten Filmmaterials konfisziert. Sie hatte wenige Wochen zuvor einen kritischen Vortrag über die Freiheit der Medien in Russland gehalten und recherchierte unter anderem über die Ermordung von Anna Politkovskaja. Scholl beteuerte, sie und ihr Kameramann hätten nichts Verbotenes gefilmt (Der Standard, 24.11.06).

Ein wichtiger Aspekt ist auch die Wortwahl, mit der ein Konflikt in den Medien dargestellt wird. Laut Michail Ryklin übt die russische Staatspropaganda beinahe eine „monopolartige Kontrolle“ über die zulässige Sprache im Zusammenhang mit dem Tschechenienkonflikt aus, und versucht dadurch, den Krieg ausschließlich aus der Sicht des Kremls darzustellen. Während tschetschenische Terrorakte in Russland streng verurteilt werden, finden das oft menschenrechtswidrige Verhalten russischer Soldaten in Tscheche-

nien, die hohe Anzahl an zivilen Opfern und die Zerstörung weiterer Teile der tschetschenischen Infrastruktur kaum Beachtung in der Berichterstattung russischer Medien. Somit entsteht Ryklin zufolge ein „Konglomerat von Ungesagtem“, durch welches die russische Bevölkerung „von innen heraus destruktiv wird“ (Ryklin 2003: 212f). Eine Konsequenz daraus ist, dass „die Verbrechen der tschetschenischen Kämpfer (...), da uns [der russischen Bevölkerung] die Sprache fehlt, um über die Verbrechen gegen die tschetschenische Bevölkerung zu sprechen, doppelt genannt [werden]“ (Ryklin 2003: 213). Dieser Prozess äußert sich auch dadurch, dass „die Empörung über das Leid, welches der Krieg mit sich bringt, (...) in Empörung über den Feind transformiert [wird]. Eben jenes Bild des Konfliktes (...) ist es, welches die Krieg führenden Eliten nicht nur selbst teilen, sondern auch durch Propaganda zu verbreiten versuchen“ (Kempff 1999: 220).

Oft werden Medien auch von terroristischen Gruppierungen genutzt, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Anliegen zu richten. Daraus könnte man auch schlussfolgern, dass erst aufgrund der Nichtbeachtung von Medien solchen Gruppierungen ein Anreiz gegeben wird, durch Terrorakte auf ihre Situation aufmerksam zu machen (Kempff 1999: 214). Dieser von Terroristen angestrebte öffentliche Bewusstmachungsprozess lässt sich anhand der opferreichen und somit medienwirksamen Terrorakte tschetschenischer Widerstandskämpfer in Russland beobachten. Die Vernachlässigung ihrer Position in den russischen Medien ist dafür in einem gewissen Maß sicher auch mit verantwortlich.

So kam es Ende Oktober 2002 im Moskauer Musicaltheater „Nordost“ zu einer Geiselnahme durch tschetschenische Rebellen, welche die Beendigung des Krieges forderten. Die Stürmung des Theaters durch russische Sicherheitskräfte kostete allen 129 Geiseln und Geiselnehmern das Leben. Der russische Fernsehsender NTW konnte mithilfe eines Spezialisten für Lippenlesen anhand der Analyse von tonlosen Fernsehbildern aus dem Kreml feststellen, dass nur kurze Zeit nach dem Bekanntwerden der Geiselnahme – entgegen den Behauptungen Putins – sofort mit der Stürmung des Gebäudes begonnen werden sollte. Die Veröffentlichung dieser Informationen führte dann nach Meinung der NTW-Journalisten zur Entlassung des Generaldirektors des Senders, Boris Jordan, und zu dessen Ablösung durch einen kremltreuen Nachfolger (Siegert 2003: 171).

Bei einer weiteren Geiselnahme in einer Schule in Beslan durch tschetschenische Extremisten im Jahre 2004 kamen nach der

Stürmung des Gebäudes durch russische Sicherheitskräfte mehr als 300 Menschen ums Leben. Anstatt über das Geiseldrama zu berichten, wie mehrere internationale Nachrichtensender dies taten, versuchten die meisten russischen Medien das Ausmaß der Tragödie herunterzuspielen. Bis auf einen Kanal gab es im russischen Fernsehen keine Sondersendungen oder Übertragungen vom Ort des Geschehens (Kurier, 8.12.2004: 5). Mit dieser Geiselnahme ging auch eine weitere Beschneidung der Meinungsfreiheit in Russland einher.

3.3. Wichtige Aspekte bei der Kriegsmobilisierung durch die Medien

Medien können sich in einer Kriegssituation entweder als „vierte Gewalt“ verstehen und sich für eine kritische Berichterstattung einsetzen, oder sie werden durch ihre Berichte selbst zum „Weichensteller“ für einen Krieg und somit zu einem wichtigen Element in der Gesamtkriegsführung. In der Regel erfüllen sie jedoch in den seltensten Fällen ihre Aufgabe als kritisches Instrument und stimmen schon vor dem Beginn eines Krieges durch die Kreation einer eigenen kriegsspezifischen Sprache die Bevölkerung auf diesen ein oder überzeugen diese von der Notwendigkeit einer militärischen Aktion (Loquai 2004: 108f). Heinz Loquai entwickelte diesbezüglich mehrere Kriterien, mit denen Medien versuchen, auf einen Krieg einzustimmen beziehungsweise diesen durch ihre Berichterstattung bei der Bevölkerung zu legitimieren (vgl. Loquai 2004).

Im Folgenden sollen nun einige dieser Aspekte im Hinblick auf die Kriegsmobilisierung durch russische Medien für den zweiten Tschetschenienkrieg analysiert werden.

3.3.1. Stigmatisierung des Gegners

Will man einen Krieg rechtfertigen, muss man vor allem den Feind als besonders böse und bestialisch darstellen, um Zustimmung für ein militärisches Vorgehen gegen ihn zu erreichen. Nützlich ist dabei eine Dichtomisierung, durch welche man sich selber als „gut“ positioniert im Gegensatz zum anderen, welcher folglich als „böse“ zu gelten hat. Ein plakatives Beispiel dafür ist George W. Bushs oft verwendete Phrase der „Achse des Bösen“ (Loquai 2004: 108).

Im Kontext des zweiten Tschetschenienkrieges kam es zu einer Stigmatisierung von Tschetschenen in Russland, einerseits um so die Zustimmung der Bevölkerung zum erneuten Einmarsch Russlands in die abtrünnige Provinz zu erreichen, und andererseits auch um von innerrussischen Problemen abzulenken und die Tschetschenen dafür verantwort-

lich zu machen. So meinte der damalige russische Verteidigungsminister Igor Sergejew: „Neben den Militärhandlungen muss Russland den Informations-Propaganda-Krieg führen“ (Kurier, 21.10.1999: 4), um die Unterstützung der Bevölkerung zu erhalten und kritische Stimmen aus dem Ausland zu beruhigen. Russischen Politikern und Militärs wurde deshalb von PR-Spezialisten empfohlen, etwa den Ausdruck „tschetschenische Kämpfer“ zu vermeiden und stattdessen einen Bezug zum internationalen Terrorismus herzustellen (ebd.).

Die drei Bombenanschläge im September 1999 in Moskau und Volgograd, welche einer der Hauptgründe für den zweiten Tschetschenienkrieg darstellten, wurden trotz Mangel an stichhaltigen Beweisen tschetschenischen Extremisten zugeschrieben. In weiterer Folge wurden 20 000 Personen mit „tschetschenischem Aussehen“ aus Moskau ausgewiesen und medial eine bewusste Assoziation von Tschetschenen mit muslimischen Terroristen betrieben (Klinkel 2005: 14). Durch den Aufbau dieses öffentlichen Feindbildes wurden Tschetschenen als Sündenböcke dargestellt und diskreditiert, „was es der Regierung erlaubt[e], im ‚Namen des Volkes‘ gegen diese ‚Terroristen‘ vorzugehen“ (Klinkel 2005: 15). Die Schaffung dieses negativen Bildes geht dabei vor allem von Personen aus, die dem Kreml nahe stehen. So meinte etwa der Bürgermeister von Moskau, dass es bei allen Terrorakten eine „tschetschenische Spur“ gebe und drohte auch schon mit der Deportation der „gesamten tschetschenischen Diaspora“ (Gannuschkina 2002: 41).

Aber auch die Medien spielen bei diesem Stigmatisierungsprozess eine entscheidende Rolle. Im März 2002 erschien auf der ersten Seite der russischen Regionalzeitung Zwasda ein Artikel von Eduard Trawitzkij, welcher die Tschetschenen folgendermaßen beschrieb: „(...) Die widerwärtigsten sind die Tschetschenen. (...) Das Geheimnis liegt in der unglaublichen Grausamkeit der Tschetschenen. Bei einer Auseinandersetzung bemühen sie sich oft gar nicht um eine Einigung mit dem Gegner und ziehen es vor, ihn lieber sofort zu erschießen“ (Gannuschkina 2002: 41). Auch nach der Geiselnahme im Moskauer „Nordost“-Theater versuchte man in mehreren russischen Zeitungen nachzuweisen, dass den Tschetschenen das Morden im Blut läge, dass die tschetschenische Öffentlichkeit das Lynch von Menschen guthießen würde und dass das tschetschenische Banditentum im Grunde etwas Ursprüngliches sei (Ryklin 2003: 204f).

Ein großer Widerspruch entsteht jedoch dadurch, dass man einerseits die Tsche-

tschenen mit allen Mitteln in der Russischen Föderation halten will, aber andererseits diese als „Feinde seit Urzeiten“ darstellt und marginalisiert. Insbesondere auch in russischen Filmen werden Tschetschenen immer häufiger als islamistische Terroristen dargestellt. Die Internationalisierung beziehungsweise das Anheben des Tschetschenienkonfliktes auf eine globale Ebene, auf der dieser als „Krieg gegen den Terror“ geführt wird, erschwert eine Einigung in einem im Prinzip lösbaren lokalen Konflikt erheblich (Ryklin 2003: 208ff).

Laut Ryklin ist die Dämonisierung der Tschetschenen durch die massiven sozialen innerrussischen Probleme bedingt, für welche diese Volksgruppe verantwortlich gemacht wird. Er sieht darin einen „Mechanismus der Veräußerlichung von innerrussischen Konflikten“, obwohl die Tschetschenen mit diesen kaum etwas zu tun haben. Somit ist das Bild vom Tschetschenen als „ewiger Feind“ Russlands erst mit dem zweiten Tschetschenienkrieg entstanden, jedoch verankert sich dieses Feindbild umso stärker in den Köpfen der Bevölkerung, je länger dieser andauert (ebd.).

Eine Konsequenz dieser Stigmatisierung ist die Zunahme von xenophoben Übergriffen gegen und die Diskriminierung von Menschen aus dem Nordkaukasus in Russland, eine Entwicklung, die Anna Politkovskaja als „Tschetschenophobie“ bezeichnete (vgl. Politkovskaja 2003). Laut der russischen Nichtregierungsorganisation Memorial sind tschetschenische Binnenflüchtlinge im zunehmenden Maße einer Diskriminierung durch Gesellschaft und Behörden ausgesetzt. Oftmals wurde Tschetschenen in Strafprozessen belastendes Material untergeschoben, oder es kam zu Verhaftungen und gesetzeswidrigen Hausdurchsuchungen (Gannuschkina 2002: 36ff).

In den letzten Jahren konnte man generell eine Erstarkung rechtsextremer Kräfte in Russland beobachten, die sich auch im Jahre 2006 durch eine Welle rassistischer Verbrechen äußerte. Aufgrund der Abstempelung von Tschetschenen als Terroristen und Aufrufen zur Massenabschiebung von Georgiern trägt der Kreml auch eine gewisse Mitschuld an der derzeitigen Situation (Der Standard, 4./5.11.2006: 4).

3.3.2. Verharmlosung des Kriegsvokabulars

In der Kriegsberichterstattung werden kriegsspezifische Begriffe oft in einer verharmlosenden Art und Weise dargestellt, um dadurch den Rezipienten nicht das Elend des Krieges vor Augen zu führen. So spricht man etwa bei der Verletzung oder Tötung von eigenen Soldaten von „friendly fire“, und eine der wirksamsten Splitterbomben wurde mit dem Namen „Daisy Cutter“ („Gänseblümchen-Schnitter“) versehen.

Ebenso wird auch versucht, das Wort „Krieg“ zu vermeiden und diesen als „militärische Intervention“ oder im Falle des Dritten Golfkrieges als „militärische Entwaffnung des Irak“ zu bezeichnen (Loquai 2004: 109ff).

Um die Auswirkungen des zweiten Tschetschenienkrieges zu verharmlosen, bezeichnete Putin die Ende Oktober 1999 bereits 180 000 tschetschenischen Flüchtlinge als „Vertriebene“, welche aufgrund der Terroristen das Gebiet verlassen hätten. Um das Wort Krieg zu vermeiden, bezeichnete der Kreml diesen als „eine Spezialoperation zur Befreiung des Territoriums Tschetscheniens von Banditen“ (Kurier, 21.10.1999: 4).

Politkovskaja berichtet, dass die russische Staatsführung den Tschetschenienfeldzug mit immer anderen Begriffen zu umschreiben versucht, wie etwa, dass durch die russische Intervention „die Ordnung in der Region wiederhergestellt“ würde oder dass es sich seit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ um eine „Anti-Terror-Operation“ handele (Politkovskaja 2006: 26).

Der Botschafter der Russischen Föderation in Wien, Wladimir Grinin, bezeichnete ihn als „antiterroristische Operation zur Bekämpfung von Kriminellen, die Menschenraub, Drogenhandel, Terroranschläge und ähnliches tagtäglich praktiziert haben“ und weist darauf hin, dass es „sich nicht um einen Krieg gegen das tschetschenische Volk handelt, sondern um die Ausrottung eines Kriminellennestes“ (Presse, 3.1.2000: 2). Obwohl sich Grinins Aussage zufolge der Krieg nicht gegen die Zivilbevölkerung richtet, starben laut Statistiken des Menschenrechtszentrums Memorial und des Komitees der russischen Soldatenmütter 15 000 bis 24 000 tschetschenische Zivilisten in Folge des zweiten Tschetschenienkrieges und bis zu 350 000 Tschetschenen wurden zu Flüchtlingen (Schrepfer-Proskurjakov 2005).

Ende November 1999 starben mehrere Hundert Menschen beim Beschuss Grosnys durch russische Truppen. Der damalige russische Vize-Generalstabschef Waleri Manilow meinte dazu, dass Grosny „von Terroristen gesäubert“ würde (Der Standard, 27./28.11.99: 4), und versuchte durch diese Äußerung den Tod einer großen Anzahl von Zivilisten herunterzuspielen und das Vorgehen der russischen Truppen zu rechtfertigen.

In Tschetschenien kommt es häufig zu so genannten „Säuberungen“ („Zachistkas“), Polizeioperationen russischer Einheiten, um Terroristen aus den Dörfern zu vertreiben. Amnesty International zufolge kommt es jedoch bei diesen immer wieder zu Entführungen, Folterungen und dem „Verschwindenlassen“ von Personen. Männer zwischen 12 und

60 Jahren sowie auch Frauen, die beschuldigt werden, Selbstmordattentäterinnen zu sein, werden regelmäßig verschleppt, gefoltert und auch hingerichtet. Nur die Wenigsten können von ihren Angehörigen für hohe Geldsummen freigekauft werden (Klinkel 2005: 17). Obwohl diese „Säuberungen“ offiziell nur der Vertreibung von Terroristen dienen, sind sehr wohl auch Zivilisten davon betroffen.

Eine weitere Medienstrategie des Kremls ist die Leugnung des Fortganges des Krieges in Tschetschenien. So erklärte Putin den zweiten Tschetschenienfeldzug schon 2000 offiziell für beendet. Als im November 2006 sieben russische Polizisten in Tschetschenien getötet wurden, sprach die russische Staatsoberhaupt nichtsdestotrotz von einer „Normalisierung“ der Lage in Tschetschenien (Der Standard, 8.11.2006).

Jedoch kann weder von einem Ende des Krieges, noch von einer Stabilisierung und Normalisierung der Situation in Tschetschenien gesprochen werden. Laut Jahresbericht 2006 von Amnesty International war im Jahre 2005 „der anhaltende Konflikt in Tschetschenien (...) weiterhin von schweren Menschenrechtsverstößen wie dem ‚Verschwindenlassen‘ von Personen, Entführungen, Folterungen, Tötungen und willkürlichen Festnahmen begleitet“ (Amnesty International Jahresbericht 2006).

3.3.3. Dramatisierung der Bedrohung und Darstellung der Unvermeidbarkeit eines Krieges

Um einen Krieg zu rechtfertigen ist es oft notwendig, Signalwörter wie Terrorismus, Völkermord und humanitäre Katastrophen als Kriegsgrund zu nennen und deren Ausmaß in einer übertriebenen Weise darzustellen. Im Falle des Dritten Golfkrieges 2003 wurde die Existenz von Massenvernichtungswaffen als Grund für den Krieg genannt, wobei vor allem auch die immense Bedrohung dieser Waffen für Amerika betont wurde. So meinte etwa George W. Bush, dass man einem Angriff seitens des Irak auf Amerika und seine Verbündeten zuvorkommen müsse. Dadurch kam es zu einer Dramatisierung der durch die angeblich vorhandenen irakischen Massenvernichtungswaffen ausgehenden Gefahr und der Eindruck wurde erweckt, dass aufgrund dieser Bedrohung ein Krieg unvermeidbar sei. Auch in vielen Medien wurde ein Krieg gegen den Irak als unausweichlich dargestellt (Loquai 2004: 119f).

Ausschlaggebend für den erneuten Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien 1999 waren – neben dem Überfall tschetschenischer Widerstandskämpfer auf die Nachbarregion Dagestan – vor allem die drei

Bombenattentate in Mietshäusern in Moskau und Volgograd im September 1999. Diese wurden trotz eines Mangels an Beweisen Tschetschenen zugeschrieben. Aufgrund dieser Attentate, bei denen über 200 Zivilisten ums Leben kamen, und aufgrund der opferreichen Geiselnahmen im Moskauer „Nordost“-Theater 2002 und in Beslan 2004, wurde unter der Bevölkerung der Eindruck einer großen Gefahr durch den tschetschenischen Terrorismus erweckt und der Tschetschenienkrieg als unvermeidbare Lösung dieses Problems präsentiert. So meint Manfred Sapper: „Wenn man selbst in vergessenen Provinzstädten wie Volgograd nicht mehr seines Lebens sicher sein kann, hat die russische Dauerkrise eine neue Qualität erreicht. Dann ist es kein fremder Krieg mehr irgendwo im fernen Kaukasus oder weiten Mittelasien“ (zit. nach Klinkel 2005: 15).

Auch Gerhard Mangott beschreibt diese öffentliche Wahrnehmung, in welcher der Einmarsch in Tschetschenien als unumgänglich empfunden wurde: „War der erste Krieg noch ein Feldzug der Wahl gewesen, muss der zweite Krieg gegen Cecnja als unvermeidliche Notwendigkeit gesehen werden. (...) Nun wurde der Krieg nicht mehr um die territoriale Integrität geführt, sondern um die Sicherheit eines jeden russländischen Bürgers, der durch cecenische Terroristen bedroht war/schien“ (Mangott 2005: 180).

Den drei Bombenattentaten in Moskau und Volgograd im September 1999 kommt eine große Bedeutung für das Entstehen eines Klimas der Angst in Russland sowie als Rechtfertigung für den zweiten Tschetschenienkrieg zu. Jedoch gibt es mehrere Vermutungen, die dem russischen Geheimdienst die Verantwortung für die Anschläge zuschreiben.

So berichtete etwa die Zeitung Independent über das Vorhandensein einer Videoaufzeichnung eines russischen Offiziers in tschetschenischer Gefangenschaft, welcher behauptet, dass der russische Geheimdienst FSB und der Militärgeheimdienst dafür verantwortlich wären (Wiener Zeitung, 7./8.1. 2000: 1). Auch der bekannte Journalist Alexander Shilin ist der Meinung, dass „Anschläge und spektakuläre Entführungen (...) ‚tschetschenischen Rebellen‘ in die Schuhe geschoben werden [sollten], um in Moskau ‚eine Atmosphäre der Angst zu erzeugen‘“ (zit. nach Klinkel 2005: 15). Der ehemalige russische Agent Alexander Litwinenko, der Ende November 2006 an den Folgen einer mysteriösen Polonium-Vergiftung verstorben ist, beschuldigte ebenfalls den FSB, im Jahre 1999 die Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Russland koordiniert zu haben (Der Standard, 24.11.2006).

3.3.4. Die Glorifizierung der eigenen Führungspersonen

Vor und während eines Krieges werden die Entscheidungsträger der kriegsführenden Partei in der Öffentlichkeit immer besonders positiv dargestellt und zelebriert (Loquai 2004: 122f).

Auch der ehemalige russische Präsident Boris Jelzin bezeichnete an einem seiner letzten Amtstage den Tschetschenienfeldzug als „Ruhmestat der russischen Streitkräfte“ und zeichnete die entsprechenden russischen Generäle mit hohen Orden aus (Der Standard, 7.1.2000: 3). Auch unter Putin wurde etwa dem derzeitigen tschetschenischen Premier Ramzan Kadyrow, dessen Privatarmee für Entführungen, Folterungen und Erpressungen verantwortlich gemacht wird, im Jahre 2004 der Orden „Held Russlands“ verliehen (Kurier, 7.3.2006: 8).

Politkovskaja beschreibt die fragwürdigen Kriterien, nach denen man in Russland zum Kriegshelden gekürt wird: „Die Logik des Mordens, das ist eine Logik, die die Mächtigen verstehen und propagieren. Man muss morden, um zum Helden gekürt zu werden. (...) Hier [in Tschetschenien] werden militärische Blitzkarrieren geschmiedet, lange Listen mit Auszeichnungsgesuchen erstellt, Titel und Dienstgrade außer der Reihe verteilt. Man braucht nur einen von ‚denen da‘ umzubringen und die Leiche zu präsentieren“ (Politkovskaja 2003: 205).

4. Die Wichtigkeit einer alternativen Medienberichterstattung

Anstatt einer auf einen Krieg einstimmenden Berichterstattung in den Medien wäre eine deeskalationsorientierte Konfliktberichterstattung von großer Bedeutung. Ein konfliktsensibler und verantwortungsvoller Journalismus kann zur Deeskalation eines Konfliktes beitragen und sollte verhindern, die Sichtweise einer der Kriegsparteien zu übernehmen und dadurch weiter zu tragen. Wilhelm Kempf plädiert deshalb für mehrere Richtlinien, an die sich Journalisten halten sollten, um destruktiven Konfliktverläufen vorzubeugen: Dramatik sollte durch Sachinformationen erzeugt und somit auf Polarisierungen verzichtet werden. Weiters betont er die Notwendigkeit einer deeskalationsorientierten Berichterstattung und des Misstrauens gegenüber dem Plausiblen (Kempf 1999: 224f).

In Russland ist trotz einer massiven Einschränkung der Pressefreiheit dennoch das Potential für einen kritischen Journalismus durchaus vorhanden. Da es keine formale Zensur gibt, können kritische Berichte sehr wohl in kleinen Zeitungen, im Internet oder in

Publikationen von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen veröffentlicht werden. Jedoch erreichen diese nur einen kleinen Teil der Bevölkerung im Gegensatz zu den meinungsbestimmenden und vom Staat kontrollierten Fernsehstationen (Siegert 2003: 172). So gibt es mehrere regierungskritische Zeitungen wie die Novaja Gazeta, für die auch Anna Politkovskaja gearbeitet hat, die Obschtscha Gazeta und die Nowyje Iswestija. Ihnen steht allerdings das staatliche Medienmonopol gegenüber, welches über drei landesweite Fernsehsender, 90 lokale Sender und 92 Radiostationen verfügt (Thumann 2005: 52).

Dabei wäre es gerade aufgrund des Tschetschenienkrieges von großer Bedeutung, dass die russischen Medien die Rolle als „vierte Gewalt“ im Staat wahrnehmen und zu einer Deeskalation des Konfliktes beitragen. Durch eine differenziertere Darstellung von Tschetschenen in den Medien würde sich vielleicht auch die zu einem Großteil von ihnen geschürte Xenophobie gegen Nordkaukasier in Russland verringern. Eine konflikt-sensitive Berichterstattung könnte somit – wie auch schon im ersten Tschetschenienkrieg – zu einem Umdenken in der russischen Bevölkerung führen, und somit Druck auf den Kreml ausüben, den seit über sechs Jahren andauernden Krieg zu einem Ende zu bringen.

Literatur

Amnesty International Deutschland. Jahresbericht 2006 – Russland. Quelle: <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/ab1232f87e4b5798c12571a9004dcff0?OpenDocument> (Stand: 25.11.2006)

Beham, Mira (2001): Wie Medien zur Kriegsrechtfertigung beitragen. Quelle: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff01/1-64.htm#anfang> (Stand: 2.12.2006)

Gannuschkina, Svetlana A. (2002): Nach der Flucht aus Tschetschenien. Russland: Zur Situation von Menschen, die aus Tschetschenien geflohen sind. Quelle: http://www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download_706.doc (Stand: 3.11.2006)

Kempf, Wilhelm (1999): Konfliktprävention und Medien. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung / Schweizerische Friedensstiftung – Institut für Konfliktlösung (Hg.): Krisenprävention. Friedensbericht 1999. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. Chur/Zürich, S.211-226

Klinkel, Romy (2005): Die Entwicklung des Tschetschenienkonfliktes: Der Kampf gegen den Terrorismus und die Folgen für die Zivilbevölkerung. Informationsstelle Militarisierung e.V. Studie 2005/02, Tübingen

Loquai, Heinz (2004): Medien als Weichensteller zum Krieg. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung. Münster, S.107-124

Mangott, Gerhard (2005): Cecnja – die russländische Tragödie und die verlorene Generation. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Der Krieg der Armen? Der internationale Terrorismus in der neuen Weltordnung. Münster, S.176-191

Politkovskaja, Anna (2003): Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg. Köln

Politkovskaja, Anna (2006): „Gift liegt in der Luft“. In: Cicero. Magazin für politische Kultur, 11/2006, S. 26-33

Reporters without Borders for Press Freedom: Annual Report 2006. Quelle: <http://www.rsf.org/IMG/pdf/report.pdf> (Stand: 4.11.2006)

Rose, Jürgen (2005): Weapons of Mass Deception. Strategische Manipulation von Medien während des Irak-Krieges. In: Wissenschaft und Frieden, 1/2005, S. 41-44

Ryklin, Michail (2003): Das Bild der Tschetschenen in der russischen Kultur. In: Hassel, Florian (Hg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt am Main, S. 204-221

Schrepfer-Proskurjakov, Alexander (2005): Bilanz nach 10 Jahren Krieg. Suche nach einer politischen Lösung in Tschetschenien. Quelle: <http://www.ifdt.de/0501/Artikel/sp.htm> (Stand: 10.12.2006)

Siegert, Jens (2003): Angriff auf die Pressefreiheit. In: Hassel, Florian (Hg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt am Main, S. 153-172

Thumann, Michael (2005): Einmal Glasnost und zurück. In: Ullrich, Volker / Berié, Eva (Hg.): Der Fischer Weltalmanach aktuell. Russland und der Kaukasus. Frankfurt am Main, S. 49-52

Zumach, Andreas (2006): Medien am Gängelband der Rüstungsindustrie. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus. Wien, S. 159-164

Zeitungen:

Der Standard, 27./28.11.1999, S. 4

Der Standard, 7.1.2000, S. 3

Der Standard, 9.10.2006, S. 2

Der Standard, 10.10.2006, S. 27

Der Standard, 4./5.11.2006, S. 4

Der Standard, 8.11.2006 (Online-Version)

Quelle: <http://derstandard.at/?id=2651320> (Stand: 8.11.2006)

Der Standard, 23.11.2006, S. 4

Der Standard, 24.11.2006 (Online-Version)

Quelle: <http://derstandard.at/?id=2672764> (Stand: 24.11.2006)

Der Standard, 24.11.2006 (Online-Version)

Quelle: <http://derstandard.at/?id=2670553> (Stand: 24.11.2006)

Format, 02/2000, S. 51

Kurier, 21.10.1999, S. 4

Kurier, 8.12.2004, S. 5

Kurier, 7.3.2006, S. 8

Presse, 3.1.2000, S. 2

Wiener Zeitung, 7./8.1.2000, S. 1

Können sich Journalisten in Kriegs- und Krisenzeiten an Nachrichtenfaktoren bzw. an den für Kriegsberichterstattung relevanten Kriterien orientieren?

Maria-Christina Schinko

1. Einleitung

Krieg stellt in vielerlei Hinsicht eine Extremsituation dar. Extrem für die kriegsführenden Parteien, extrem für die ansässige Bevölkerung, sogar extrem für eigentlich nicht betroffene Beobachter. Und doch ist es von größter Bedeutung, dass es Beobachter gibt, denn: Worüber nicht berichtet wird, findet nicht statt. „Im Schatten des Krieges im Nahen Osten spitzt sich die Lage in einem anderen Krisengebiet gefährlich zu: Sri Lanka steuert auf einen neuen Bürgerkrieg zu, wenn er nicht schon im Gang ist. Nur: Keiner schaut hin“ (...“ (Kurier, 3.8.2006: 6).

Uns – dem Publikum – ist es allerdings kaum möglich, überall hinzuschauen und alles wahrzunehmen, was täglich rund um den Globus passiert. Es ist die Aufgabe einiger weniger Journalisten den Zuschauern, den Hörern oder den Lesern jene Kriege, Krisen und Katastrophen ins Wohnzimmer zu bringen, bei denen diese selbst nicht dabei sind. Im Vorfeld sind Journalisten allerdings vor die Herausforderung gestellt, aus der Fülle von Ereignissen, die sich täglich weltweit zutragen, diejenigen auszuwählen, die später zu Nachrichten werden sollen. Dabei stellen sich Fragen wie: Welche Informationen könnten das Publikum interessieren? Welche Informationen müssten das Publikum interessieren? Über welche Informationen wäre es wichtig zu diskutieren (Jäger 2002: 194)? Die Fragerei ließe sich schier endlos fortsetzen.

Ich werde im ersten Teil der vorliegenden Arbeit auf jene Faktoren eingehen, die ein Journalist bei seiner Auswahl von Themen – bewusst oder unbewusst – berücksichtigt, um den Nerv des Publikums zu treffen. Bei meiner Recherche bin ich neben den sogenannten Nachrichtenfaktoren auf einige weitere Kriterien gestoßen, die im Falle eines Krieges wirksam werden. Mir ist es ein Anliegen, auf diese Kriterien im zweiten Teil besonders genau einzugehen, da ich mich immer wieder vor die Frage gestellt sehe, warum der Nahe Osten unsere – westliche – Berichterstattung dominiert, wäre es doch im Vergleich zu den Opfer-

zahlen in afrikanischen Kriegen ein zu vernachlässigender Konflikt. Auch meine Teilnahme an der Sommerakademie im Juli 2006 mit dem Titel „Gute Medien – Böser Krieg?“ in Burg Schlaining konnte mir keine Antwort darauf geben.

Im dritten Teil möchte ich herausarbeiten, ob die in den beiden vorigen Punkten vorgestellten Nachrichtenfaktoren bzw. Kriterien einer relevanten Kriegsberichterstattung eine Erleichterung hinsichtlich der Nachrichtenauswahl in Zeiten des Krieges darstellen oder ob Journalisten sich eher auf ihren beruflichen Instinkt verlassen.

Ich möchte vorwegnehmen, dass sich die Ergebnisse meiner vorliegenden Arbeit auf schon veröffentlichte Studien stützen. Eine umfangreiche Befragung einzelner Journalisten zu meinen Fragestellungen über die Herausforderungen, welchen Journalisten sich in Kriegszeiten stellen müssen und/oder ob Nachrichtenfaktoren durch eine gewisse Vorauswahl möglicher Themen die Tätigkeit in solchen Zeiten bis zu einem gewissen Grad erleichtern können, würde sicher zu genaueren Ergebnissen führen.

2. Nachrichtenfaktoren

Die Auswahl aktueller und für Rezipienten interessanter Nachrichten sollte zu den Grundfertigkeiten von Journalisten und Nachrichtenredakteuren gehören. Doch wie soll ein Journalist aus der Überfülle an Informationen jene Ereignisse heraussuchen, die für das Publikum von Interesse sind? Wie ich schon eingangs erwähnt habe: Wie wird ersichtlich was das Publikum interessiert oder interessieren muss? Johan Galtung und Marie H. Ruge haben in den 1960ern unter Rückgriff auf wahrnehmungspsychologische Mechanismen einige Kriterien formuliert, an denen sich Journalisten und Redakteure – bewusst oder unbewusst – orientieren. Die beiden Autoren sehen die sogenannten „(...) Nachrichtenfaktoren nicht nur als journalistische Kriterien für eine Nachrichtenauswahl, sondern generell als kognitionspsychologisch erklärbare, allgemeinemenschliche Selektionskriterien, die sowohl bei der journalistischen Auswahl von Nachrichtenereignissen als auch im Rezeptionsprozess wirksam werden“ (Ruhrmann u. a. 2003: 31).

Ausschlaggebend im Auswahlprozess ist zuallererst die Dauer eines Ereignisses (Frequenz). Da Medienfrequenzen sehr kurz sind, haben kürzere und abgeschlossene Ereignisse einen höheren Nachrichtenwert als langandauernde und werden somit eher zu einer Nachricht. Je außergewöhnlicher eine Begebenheit, desto eher wird sie zu einer Mel-

dung (Schwellenfaktor), ebenso je eindeutiger, klarer und konsistenter sie ist (Eindeutigkeit). Als vierten Faktor nennen Galtung und Ruge „meaningfulness“, die Bedeutung eines Ereignisses: Ist dieses wichtig und folgenreich für einen großen Teil der Bevölkerung, wird es zu einer Nachricht. In gewissen Fällen müssen Journalisten und Redakteure bestimmte Ereignisse sicher erwarten können, um die organisatorischen und technischen Vorbereitungen für eine umfangreiche Berichterstattung treffen zu können (Konsonanz). Bei solchen vorhersehbaren Ereignissen handelt es sich meist um Sportveranstaltungen oder Wahlen. Ebenso wie ein vorhersehbares Ereignis zu einer Nachricht wird, so hat die Überraschung einen hohen Nachrichtenwert: Das Unvorhersehbare und Seltene spricht Journalisten wie Publikum gleichermaßen an (Überraschung). Grundsätzlich kann auch gesagt werden, dass Journalisten heterogene Themen ähnlichen Themen vorziehen (Komposition), und hat ein Thema schließlich einmal Karriere gemacht, wird in Folge auch weiter darüber berichtet, obwohl es vergleichbar relevantere Themen gäbe (Kontinuität) (vgl. Ruhrmann u. a. 2003: 32; Ruhrmann 1994: 238).

Bei diesen ersten acht Faktoren handelt es sich laut den Autoren Galtung und Ruge um kulturunabhängig gültige Regeln. Sie haben diesen noch weitere vier hinzugefügt, die sie für die nordwestliche Kultur als besonders bedeutsam befinden: Je mehr eine Elitennation oder eine Eliteperson in ein Ereignis involviert ist, desto interessanter ist das Thema für das Publikum und desto höher ist der Nachrichtenwert. Generell gilt: Stehen Personen stark im Vordergrund eines Themas, wird aus dem Geschehen eine Meldung. Eine solche Personalisierung ist eine wichtige Form der Reduktion von Ereigniskomplexität. Den Abschluss der zwölf Nachrichtenfaktoren bildet eine bekannte Formel: „Only bad news are good news.“ Da wir tagtäglich eine Vielzahl von Unfällen, Morden, Naturkatastrophen und Kriegen in unser Wohnzimmer geliefert bekommen, ist kaum zu übersehen, welcher hohen Nachrichtenwert der Faktor Negativität hat.

2.1. Zusammenwirken der Nachrichtenfaktoren

Eine Meldung in der „Zeit im Bild“ oder ein Bericht in der Tagespresse hat kaum jemals nur einen einzigen Nachrichtenfaktor als Grundlage seiner Veröffentlichung, oft spielen viele der Kriterien zusammen. Galtung und Ruge haben schon bei der Formulierung der Nachrichtenfaktoren auch deren Zusammenwirken analysiert und Hypothesen aufgestellt:

1. *Additivitätshypothese*: „Je mehr Nachrichtenfaktoren auf ein Ereignis zutreffen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zur Nachricht wird und sogar Schlagzeilen macht“ (Galtung / Ruge zit. nach Ruhrmann u. a. 2003: 34).

Paarweises Auftreten gewisser Nachrichtenfaktoren ist für die beiden Autoren ein Zeichen für eine sichere Meldung in den Medien, wobei sie folgende vier Nachrichtenfaktorenpaare besonders hervorheben: Elitepersonen in Eliteländern, negative Ereignisse in Eliteländern, negative Ereignisse im Zusammenhang mit Elitepersonen sowie negative Ereignisse in personalisierter Form haben offensichtlich einen so hohen Nachrichtenwert, dass Galtung und Ruge auf einen empirischen Test verzichteten (Ruhrmann u. a. 2003: 35).

Im Zusammenhang mit Kriegsberichterstattung mag das paarweise Auftreten folgender Nachrichtenfaktoren relevant sein: Eine große kulturelle Distanz des Landes und die Eindeutigkeit des Ereignisses – fremde Länder werden als einfacher, um nicht zu sagen primitiver, als das Heimatland empfunden. Die große kulturelle Distanz bzw. Nicht-Elitenationen und die große Konsonanz mit den Erwartungen der Rezipienten erzielen, dass unerwartete Ereignisse aus diesen Ländern bei der Berichterstattung gänzlich unter den Tisch fallen bzw. als so unglaubwürdig erscheinen, dass diese Länder oftmals kaum eine Möglichkeit haben, ihr Image zu verbessern. Oft werden eher Probleme betont, die zum bestehenden Bild dieser Kulturen oder Staaten passen. Als letztes Nachrichtenfaktorenpaar in diesem Zusammenhang sind Negativismus und Frequenz zu nennen: Über positive Ereignisse wird nur dann berichtet, wenn sie von kurzer Dauer sind. Über Kriege und Naturkatastrophen ist es ein Leichtes tage- oder gar wochenlang zu berichten (Ruhrmann u. a. 2003: 35).

Zusammenfassend kann bemerkt werden, dass die Berichterstattung über fremde Nicht-Elitestaten hauptsächlich negativ, personen- und elitenbezogen sowie dem Vorwissen der Rezipienten entsprechend und vereinfacht ist. Das Bild eines schwachen Landes, das gefährlich und elitendominiert wirkt sowie von Elitennationen abhängig und plötzlichen Ereignissen hilflos ausgeliefert ist, verstärkt sich dadurch. Allgemein gilt außerdem, dass Konflikte in der Berichterstattung betont, Aussöhnungen hingegen gar nicht thematisiert werden (Ruhrmann u.a. 2003: 36).

2. *Komplementaritätshypothese*: „Wenn ein Ereignis eines oder einige der Kriterien überhaupt nicht oder nur in geringem Maße erfüllt, kann dies durch einen hohen Wert bezüglich eines anderen Faktors ausgeglichen

werden und das Ergebnis immer noch berichtenswert sein“ (Galtung / Ruge zit. nach Ruhrmann u. a. 2003: 36).

Besonders ersichtlich wird die Aussage der Hypothese, wenn ein Ereignis aufgrund seiner Negativität zu einer Nachricht wird. Oft bedarf es nämlich keines anderen Nachrichtenfaktors mehr. Der Absturz des Flugzeuges in Brasilien Ende September 2006 ist ein Beispiel dafür: In Österreich sind wir nicht unmittelbar betroffen, es ist eher unwahrscheinlich, dass österreichische Staatsbürger an Bord der Maschine waren. Die Tatsache, dass aber 145 Menschen durch das Unglück ihr Leben verloren haben, berührt die Rezipienten trotzdem.

3. *Exklusionshypothese*: „Wenn auf das Ereignis zu wenige oder gar keine Nachrichtenfaktoren zutreffen, wird nicht darüber berichtet“ (Galtung / Ruge zit. nach Ruhrmann u. a. 2003: 36).

Das friedliche Zusammenleben oder gar die Aussöhnung von Konflikten wird in den Medien kaum aufgegriffen, obwohl man in diesen Tagen von Frieden als einem beinahe außergewöhnlichen Zustand sprechen kann.

3. Kriterien einer relevanten Kriegsberichterstattung

Betrachtet man nun diese Nachrichtenfaktoren und im Speziellen die Additivitätshypothese, nach welcher gewisse paarweise auftretende Nachrichtenfaktoren ein Ereignis ganz offensichtlich zu einer Meldung in den Medien machen, und denkt gleichzeitig nur an das Wort „Krieg“, so kann man feststellen, dass ein Krieg – kein spezifischer, allein der Gedanke daran – eine Vielzahl der Nachrichtenfaktoren erfüllt und mit vielen Nachrichtenpaaren konform ist. Die logische Schlussfolgerung kann nur sein, dass ein Krieg eine sichere Nachricht darstellt: Krieg als etwas Außergewöhnliches, als der Inbegriff von Negativität. Kriege sind leicht zu personalisieren, Einzelschicksale sind ein sicherer Publikumsmagnet. Doch wie so oft, sieht die Medienrealität anders aus: Krieg ist anscheinend nicht gleich Krieg, denn woran liegt es, dass die meisten der weltweit geführten Kriege dem nordwestlichen Kulturkreis vorenthalten bleiben. Es handelt sich keineswegs um kluge Schachzüge kriegsführender Parteien, sondern schlichtweg um die Tatsache, dass niemand interessiert ist – weder die Journalisten noch die Rezipienten.

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) in Hamburg hat für das Jahr 2004 42 bewaffnete Kriege und Konflikte ermittelt, wobei in unseren Medien die Konflik-

te im und rund um den Nahen Osten dominieren bzw. immer noch dominieren.

Was aber sind die Gründe, warum unsere europäischen Medien mit Berichten aus dem Nahen Osten geradezu überschwemmt werden, während die Konflikte in Afrika, Asien oder Lateinamerika erst interessant werden, nachdem sie eskaliert sind und/oder internationale Organisationen und Politiker auf die Missstände in den Unruhegebieten aufmerksam gemacht haben.

Ausschlaggebend ob von einem Konflikt berichtet wird oder nicht ist zunächst die simple Tatsache, ob Reporter vor Ort Zugang zu den Krisengebieten bekommen sowie eine Kooperationsbereitschaft der kriegsführenden Parteien. Es ist verständlich, dass Medienanstalten nicht in jeden Teil der Erde Berichterstatte entsenden können, die bei eventuellen Krisen sofort sendebereit sind – dies ist aus Kosten- und Personalgründen oft nicht möglich.

Kriege müssen noch einige weitere Kriterien erfüllen, um die Filter der Kriegsberichterstattung zu durchlaufen und um letztendlich in den vorabendlichen Nachrichtensendungen zu landen.

Georg Ruhrmann hat dies erkannt und die Nachrichtenfaktoren um einige Kriterien erweitert, nach denen ein Krieg nun als „newsworthy“ eingestuft werden kann (Ruhrmann 1993: 81). Alexander Görke und Martin Löffelholz haben in ihren Texten ebenfalls auf diese Faktoren hingewiesen (Görke 2004: 128; Löffelholz 1995: 175).

Eine Veränderung von Quantitäten macht demnach die Weltöffentlichkeit aufmerksam: Durch das plötzliche Anwachsen der Rüstungsausgaben eines Landes oder das Ansteigen der Opferzahlen in – für unsere an Frieden gewohnte Verhältnisse – schier unbegreifbare Höhen schafft es auch ein Krieg in Afrika für einen Augenblick in die europäischen Medien zu gelangen.

Wie sehr das eigene Land von einem Krieg betroffen ist, ist natürlich ein weiterer ausschlaggebender Faktor hinsichtlich dessen Berichterstattung. Im Falle von Österreich können wir uns glücklich schätzen, in den letzten sechzig Jahren an keinem Krieg unmittelbar beteiligt gewesen zu sein, doch ein Land muss nicht gleich zu den kriegsführenden Parteien zählen, um betroffen zu sein. Betroffen machen kann auch eine Krise in unmittelbarer Nachbarschaft wie etwa in Ex-Jugoslawien und die damit verbundenen Flüchtlingsströme. Betroffen können auch wirtschaftliche Auswirkungen machen, wie etwa der ständig steigende Ölpreis, um nur ein Beispiel zu nennen.

Während Nähe betroffen macht und sich somit einen hohen Nachrichtenwert sichert, spricht auch Distanz – kultureller, religiöser, politischer oder ökonomischer Art – in vielen Fällen das Publikum an: Ferne Länder und andere Kulturkreise werden als „andersartig“, oft sogar als gefährlich wahrgenommen, und es erschüttert den Rezipienten zwar, dass es dort zu Katastrophen oder Kriegen kommt, gleichzeitig verwundert es aber kaum. Hinzu kommt, dass fremde Länder als uniform, einfach und primitiv wahrgenommen werden, während im eigenen Land über komplexere Sachverhalte berichtet wird. Oft werden aus diesen Ländern sogar nur jene Geschehnisse berichtet, die den Rezipienten in seinen Erwartungen und Vorurteilen nur bestätigen, sodass oft gar keine Möglichkeit besteht, als andersartiger Kulturkreis sein Image zu verbessern (Ruhrmann u. a. 2003: 35).

Der Grad der Visualisierbarkeit lässt erneut auf die eingangs erwähnte Tatsache verweisen, dass erst die Beobachtung die Nachricht ausmacht. Hier kann man sogar noch einen Schritt weiter gehen: Nicht nur wo kein Beobachter ist, sondern wo auch keine Bilder sind, da keine Nachricht: „(...) wo kein Scheinwerferlicht ist, da ist kein Konflikt. Elend im Dunkeln sieht man nicht. Wo es keine Kamera gibt, da ist kein Elend“ (Hug 1998: 43ff). Ruhrmann u. a. haben im Rahmen einer Studie 2001 versucht herauszufinden, welche Nachrichtenfaktoren die Berichterstattung des deutschen Fernsehens geprägt haben (Ruhrmann u. a. 2003: 96). Immer wieder wurde von den befragten Journalisten betont, wie wichtig bereitstehendes filmisches Material bei ihrer Themenwahl sei. Zwar wurde im Jahr 1969 ein Nachrichtenfaktor der Visualität von James K. Buckalew eingeführt, bald aber wieder verworfen, da sich die Untersuchungen zur Nachrichtenwertforschung in dieser Zeit noch hauptsächlich auf die Tagespresse konzentrierte. Ab diesem Zeitpunkt wurde allerdings die Visualität immer wichtiger, bis heute, wo eine Nachrichtensendung – selbst ein Bericht in der Tageszeitung – ohne Bilder nicht mehr denkbar wäre. Bilder wecken das Interesse der Rezipienten und schaffen Authentizität und Aktualität. Die Kombination letzterer verschafft den Fernsehnachrichten so hohe Glaubwürdigkeit (Ruhrmann u. a. 2003: 135). Die Verfügbarkeit von filmischem Material ist ein ausschlaggebender Punkt in der Themenauswahl von Nachrichtensendungen und da vor allem die Elitenation schlechthin, die Vereinigten Staaten, über die höchste Kameradichte verfügt (Ruhrmann u. a. 2003: 124), ist es kaum verwunderlich, dass die europäischen Medien so häufig von den Konflikten im Nahen Osten

berichten – der Zugang zu werbekräftigtem Filmmaterial ist gegeben.

Wie schon erwähnt hat die Beteiligung von Elitenationen einen sehr hohen Nachrichtenwert, nicht nur als allgemeiner Nachrichtenfaktor, sondern auch als Kriterium, um einen Krieg als berichtenswert einzuordnen. Natürlich verfügen Elitenationen, die nicht selten selbst in den Konflikt verwickelt sind, über eine hohe journalistische Dichte in den Krisengebieten, um rund um die Uhr berichten zu können. Dies erleichtert den europäischen Medien den Zugang zu filmischem Material bzw. zu Informationen über den Fortlauf der Krise. Generell kann gesagt werden: Haben sich die Sendeanstalten einmal in einer Region eingerichtet, steht der Karriere eines Themas nichts mehr im Wege: Seit Jahren wird aus dem Nahen Osten berichtet, der – verglichen an den Opferzahlen in anderen Kriegsgebieten – ein zu vernachlässigender Krieg wäre, doch das große Interesse der Vereinigten Staaten an dieser Region sowie die andauernden Krisen – sowohl zwischen- als auch innerstaatlich – haben diese Region zu einem Dauerbrenner in Sachen Kriegsberichterstattung gemacht.

Löffelholz und Görke haben in ihren Texten einen gewissen Grad an Überraschung als wichtiges Kriterium beschrieben, wenn es darum geht einen Krieg als relevant einzustufen. Beide haben leider keine weiteren Ausführungen über eine genauere Definition dieses Überraschungsgrades gemacht. Nach eingehender Beschäftigung mit dem Thema möchte ich dieses Kriterium zwar anführen, allerdings auch einige meiner Gedanken hinzufügen: Ein Krieg oder eine Krise kann kaum überraschend sein. Ich stelle hier eventuell einen zu hohen normativen Anspruch, doch bin ich der Meinung, dass vor allem Journalisten ein Gespür für verschiedene Meinungen im eigenen Land entwickeln sollten und so keine Krisen verhindern aber vielleicht eine umfangreiche und von Anfang an vollständige Hintergrundberichterstattung liefern können. Ein Krieg ist für Rezipienten in jenen Staaten überraschend, die nicht unmittelbar betroffen sind – sei dies durch regionale Nähe oder durch ökonomische Interessen. Doch wie schon oben genannt lässt eine kulturelle, politische oder wirtschaftliche Distanz die Rezipienten zwar vielleicht aufs erste überrascht reagieren, doch in Folge fallen sie zurück in eine Stereotypisierung, und die Kriege in den fernen Ländern verwundern kaum noch.

Görke erwähnt ein weiteres Kriterium, welches einen Krieg zu einem relevanten Krieg macht: Das Ausmaß, mit dem gegen geltendes Recht wie etwa Völker- und Kriegsrecht oder ethische Werte wie etwa Menschenrechte ver-

stoßen wird (Görke 2004: 128). In meinen Augen handelt es sich hierbei wiederum um einen normativen Anspruch: Es sollte über Kriege berichtet werden, in denen gegen Völker- oder Menschenrechte verstoßen wird, denn oft werden diese Kriege erst für erwähnenswert befunden, wenn es längst zu einer Eskalation gekommen ist und die Weltöffentlichkeit lediglich mit dem bitteren Geschmack des Schreckens konfrontiert werden kann, der danach bleibt.

4. Erleichterung der journalistischen Tätigkeit?

Es gibt nun sehr genaue Kriterien, wann ein Ereignis zu einer Nachricht wird und wann ein Krieg zu einem berichtenswerten Krieg wird. Man könnte beinahe meinen, die Journalisten könnten sich in ein von eben diesen Kriterien gemachtes Nest setzen und müssten sich keine Gedanken mehr über eine gute Story, über Auflagezahlen und Einschaltquoten machen.

Während die Muster der Kriegs- und Krisenberichterstattung schon mehrfach inhaltsanalytisch erforscht sind, wie etwa die bereits ausführlich erwähnten Kriterien, die einen Krieg zu einem berichtenswerten Krieg machen, liegen allerdings über die Entstehungsbedingungen von krisenbezogenen Nachrichten innerhalb einer Redaktion wenige Befunde vor. Ich selbst orientiere mich bei der Beantwortung meiner Frage an einer Studie von Roland Burkart und Liselotte Stalzer, die 2005 eine Onlineumfrage unter österreichischen Journalisten gemacht haben. Die beiden Autoren sind in ihrer Studie der Frage nachgegangen, welchen Herausforderungen sich Journalisten in Zeiten eines Krieges stellen müssen und unter welchen Bedingungen Kriegswirklichkeiten in den Tageszeitungen und Fernsehnachrichten entstehen (Burkart / Stalzer 2006: 36ff).

Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, vor welche Herausforderungen sich österreichische Journalisten in Kriegs- und Krisenzeiten gestellt sehen: 76 Prozent der Journalisten stehen unter Zeitdruck, welcher nach Görke besonders in der ersten Phase der Berichterstattung spürbar ist, weil die Medienanstalten ihrem Publikum die Relevanz der Situation klarmachen müssen (Görke 2004: 132). Die Konkurrenz mit anderen Medien und vor allem der Kampf um spektakuläre Bilder sind zwei weitere Kriterien, welche den redaktionellen Alltag in Zeiten von Krisen und Kriegen beeinflussen. Wie schon in einem der vorangegangenen Kapitel erwähnt wurde, steht eine Visualisierung eines Krieges im Vordergrund. Der Krieg setzt sich in den Redaktionen fort: Mit aufsehenerregenden Bildern wird der

Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums geführt – und zwar immer mit Blick auf die Konkurrenz (Burkart / Stalzer 2006: 37).

Eine ebenso starke Herausforderung wie die Konkurrenz mit anderen Medien stellt das Faktum dar, dass eine fundierte Hintergrundberichterstattung von ebenso großer Wichtigkeit ist wie die Krise selbst. Gleichzeitig müssen sich die Journalisten der Gefahr bewusst sein, Falschmeldungen und unsicheren Quellen ausgesetzt sein zu können. Burkart und Stalzer fassen den ersten Teil ihrer Studie wie folgt zusammen: „In Kriegs- bzw. Krisensituationen geraten Journalisten gehörig unter Stress. Er entsteht aus einem erhöhten Zeitdruck, einer steigenden Konkurrenzsituation mit anderen Medien – wobei vor allem mit spektakulären Bildern um die Aufmerksamkeit des Publikums ‚gekämpft‘ wird – und aus der Einsicht in die Unzulänglichkeit einer Leistung, die oftmals nur ansatzweise erbracht werden kann, die Hintergrundberichterstattung“ (Burkart / Stalzer 2006: 37).

Im zweiten Teil der Studie gehen die beiden Autoren auf die Ziele der Journalisten in einer solchen Ausnahmesituation – sowohl bezogen auf die Ereignisse als auch auf das eigentliche Zustandekommen der Nachrichten innerhalb der Redaktion – ein. Den österreichischen Journalisten ist es mit Abstand am Wichtigsten, dem Publikum präzise und neutrale Informationen sowie ungewichtete Fakten zu vermitteln, um die Basis einer selbstständigen Urteilsbildung von Seiten der Rezipienten zu schaffen. Inwieweit sich sachliche Information und reißerische Bilder vereinbaren lassen ist eine andere Frage und nicht Gegenstand meiner Arbeit.

Zusammenfassend ist erkennbar, dass sich Journalisten in kein wie von mir oben erwähntes „gemachtes Nest“ setzen können: Jede Krisen- und Kriegssituation ist anders und auf eine eigene Art neu, wodurch die Journalisten immer wieder vor die Herausforderung gestellt werden, das Publikum zu überzeugen – ob mit fundierter Hintergrundberichterstattung oder emotionaler Visualisierung ist dann vom Stil der Zeitung und dem Geschmack des Rezipienten abhängig.

5. Resümee

Eine der eingangs erwähnten Fragestellungen – wenn auch nicht die eigentliche Fragestellung meiner Arbeit, aber wegen ihrer Aktualität sehr interessant – lautete, warum der Konflikt im Nahen Osten neben der US-amerikanischen auch die europäische Berichterstattung dominierte. Ich bin mir darüber im Klaren, dass es eine Vielzahl von Zugängen

gibt, um diese Frage zu beantworten, und jede Antwort wird unterschiedlich sein. Da ich mich in meiner Arbeit mit Nachrichtenfaktoren beschäftigt habe, werde ich natürlich versuchen, auf diesem Wege eine plausible Antwort zu geben: Die Konflikte im Nahen Osten haben sich in den Medien bereits etabliert. Reporter von Fernsehsendern und Tageszeitungen aller Welt halten sich ununterbrochen in dieser Region auf, was es den Medienanstalten leichter macht, von den dortigen Zwischenfällen zu berichten als etwa von Konflikten und Krisen in Ländern, wo keine Korrespondenten stationiert sind. Durch das besondere Interesse der Vereinigten Staaten sowie deren oftmalige Verwicklung in Konflikte steigt die Beachtung durch das europäische Publikum – Eliteststaaten und negative Ereignisse sind beinahe der Inbegriff einer guten Nachricht. Weiters erleichtert die Anwesenheit der Vereinigten Staaten, welche die höchste Kameradichte aufweisen, europäischen Medien den Zugang zu wertvollem Bildmaterial. Außerdem handelt es sich bei den Ländern im Nahen Osten – seien dies der Irak und Iran oder Israel und Syrien – um Staaten, zu welchen wir als ÖsterreicherInnen keinen unmittelbaren Bezug haben: Die Kultur scheint fremd, die Religion und Politik oft unverständlich und nicht nachvollziehbar. Doch wie unter dem dritten Punkt schon erwähnt wurde, ist gerade diese „Andersartigkeit“ sehr anziehend für Medien und Publikum. Ich bin mir darüber im Klaren, dass die Beantwortung dieser Frage ein ganzes Buch füllen könnte, möchte es aber nun dabei belassen, weil sie mir im Rahmen meines Textes ausreichend erscheint.

Im letzten Teil ging ich der Frage nach, ob die behandelten Nachrichtenfaktoren sowie jene Kriterien, die aus einem gewöhnlichen Krieg einen berichtenswerten Krieg machen, eine Erleichterung für den Journalisten in der Nachrichtenproduktion darstellen. Während die Muster der Kriegs- und Krisenberichterstattung schon mehrfach untersucht worden sind, gelten die redaktionellen Entstehungsbedingungen medialer Kriegs- und Krisenberichterstattung allerdings bislang als empirisch kaum erforscht und auch ich konnte nur ansatzweise in die Materie eintauchen. Generell kann aus den Ergebnissen geschlossen werden, dass jede neue Krisensituation eine Ausnahmesituation für Journalisten darstellt, und dass Nachrichten über einen Krieg oder eine Katastrophe nicht nach einem allgemeingültigen Schema erstellt werden können. Die Beantwortung meiner zweiten Fragestellung erscheint mir nicht befriedigend, der Zeitrahmen hat allerdings keinen Raum für eventuelle qualitative Erhebungen gegeben, weshalb ich mich in naher Zukunft weiter mit diesem Thema be-

schäftigen und Nachforschungen betreiben werde.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) Datenbank. Quelle: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_aktuell.htm (Stand: 16.6.2006)

Burkart, Roland / Stalzer, Liselotte (2006): Kommunikation unter Druck. Journalistische Herausforderungen der Krisenberichterstattung. In: TV Diskurs – Verantwortung in audiovisuellen Medien. 1/2006, S. 36-41

Foggensteiner, Alexander (1993): Reporter im Krieg. Was sie denken, was sie fühlen, wie sie arbeiten. Wien

Görke, Alexander (2004): Zwischen Selbstbehauptung und Vereinnahmung. Strukturen und Funktion journalistischer Krisenkommunikation. In: Löffelholz, Martin (Hg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden, S. 121-144

Hug, Heiner (1998): Wir, die Geier. Das knallharte Geschäft mit den Fernseh-News. Zürich

Jaeger, Susanne (2002): Mediale Wahrnehmungsfiler: Nationalität, Ethnie. In: Albrecht, Ulrich / Becker, Jörg (Hg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden, S. 194-204

Löffelholz, Martin (1995): Beobachtung ohne Reflexion? Strukturen und Konzepte der Selbstbeobachtung des modernen Journalismus. In: Imhof, Kurt / Schulz, Peter (Hg.): Medien und Krieg – Krieg in den Medien. Zürich, S. 171-192

Ruhrmann, Georg (1993): Ist Aktualität noch aktuell? Journalistische Selektivität und ihre Folgen. In: Löffelholz, Martin (Hg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Opladen, S. 81-96

Ruhrmann, Georg (1994): Ereignis, Nachricht und Rezipient. In: Merten, Klaus / Schmidt, Siegfried J. / Weischenberg, Siegfried (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen, S. 237-255

Ruhrmann, Georg / Woelke, Jens / Maier, Michaela / Diehlmann, Nicole (2003): Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen. Opladen

Zeitungen:

Kurier, 3.8.2006, S. 6

Mediale Antinomien? – Kommunikationsphilosophische Anfragen zur medialen Kriegs- und Krisenberichter- stattung

Christopher Meiller

Die Problematisierung des Verhältnisses von politisch-militärischem Krisenfall und medialer Berichterstattung präsentiert sich als Konstante des (post-)modernen Mediendiskurses; das angefragte Themenspektrum oszilliert dabei zwischen demokratietheoretischen Überlegungen zum Recht des Bürgers auf freie Information als Grundvoraussetzung verantworteter gesellschaftlicher Meinungs- und Willensbildungsprozesse, Reflexionen zur (virtuellen) Technisierung des Krieges und die Relevanz journalistischer Ethik sowie eigentlich kommunikationstheoretischen Fragestellungen nach der Bedeutung der Massenmedien für die individuelle und kollektive Realitätskonstruktion.

Im Folgenden sei in einer einleitenden narrativen Hinführung im Rückgriff auf wenige paradigmatische Belegstellen zunächst ein knapper Hinweis auf die diachrone Entwicklung der Kriegsberichterstattung gegeben, ehe in einem anschließenden systematischen Abschnitt einige grundlegende Problemfelder besagter Beziehung diskutiert werden, die spezifisch den massenmedialen Diskurs betreffen und – so die These – durch eine gemeinsame antinomische Grundstruktur gekennzeichnet sind. Dabei wird eingangs mit der Frage nach der „Illusion der Präsenz“ (Russo 1985: 107), die das Fernsehbild beim Betrachter zu evozieren vermag, eine epistemologische, mit dem Verhältnis von Moral und Rentabilität eine strukturelle, schließlich im Rekurs auf die interpretativen Herausforderungen echtzeitlicher Berichterstattung eine abschließende hermeneutische Problemstellung diskutiert.

Hinführung: Zwischen Kontinuität und Umbruch – Kriegsberichterstat- tung im Wandel

In seiner Schrift zur „Geschichte des Jüdischen Krieges“ („De bello Judaico“, 75-79 n.Chr.) schildert der zeitgenössische Historiker Flavius Josephus, selbst Augenzeuge des Geschehens, die Eroberung Jerusalems durch das römische Heer im Jahre 70 n.Chr.; Josephus berichtet: „Während der Tempel brannte, raubten die Soldaten, was sie fanden, und

töteten, die ihnen in die Hände fielen. Kein Erbarmen hatten sie mit dem Alter, keine Achtung vor der Würde. Kinder und Greise, Laien und Priester wurden ohne Unterschied ermordet. Unter allen Schichten wütete der Krieg, ganz gleich, ob die Menschen um Gnade flehten oder sich zur Wehr setzten. In das Prasseln der überall hervorbrechenden Flammen mischte sich das Stöhnen der Niedergeworfenen (...); grausiger aber und gellender lässt sich nichts denken als das Geschrei, das über dem Ganzen lag. (...) Jedoch fürchterlicher als der Lärm waren die Leiden. Der Tempelberg schien vom Grund her zu glühen und rings in Feuer gehüllt; aber noch voller als die Flammenbäche schienen die Blutströme zu fließen, und zahlreicher als die Mörder waren die Gemordeten. Vor Leichen sah man den Boden nicht mehr; über Berge von Toten stürmten die Soldaten den Fliehenden nach“ (Flavius Josephus 2003: VI, 5, 1/445).

Freilich ist der Nahe Osten bekanntermaßen nicht allein als Schauplatz antiker Kriegsgeschichtsschreibung von Relevanz, sondern taugt aufgrund seiner konfliktiven Gegenwart in gleicher Weise als Paradigma aktueller politischer Kommunikation; ein Beispiel aus jüngerer Vergangenheit mag dies belegen: am 25. Juni 2006 überfielen palästinensische Extremisten einen israelischen Militärposten an der Grenze zum Gazastreifen; auf die Entführung eines ebendort stationierten israelischen Soldaten reagierte die israelische Armee mit einer umfangreichen Militäroffensive. Die Fernsehreportage eines österreichischen Nachrichtenformats mag beispielhaft die Medienberichterstattung hierzu illustrieren:

Im Bild eine Kolonne israelischer(?) Panzer – dazu erklärt der Kommentar aus dem Off: „Die israelische Armee ist mit 25 Panzern im nördlichen Gazastreifen vorgestoßen. Möglicherweise steht eine größere Bodenoffensive bevor.“ Die Szene wechselt: die Kamera zeigt eine weinende kopftuchtragende Frau, anschließend eine Gruppe junger Männer, die einen Leichnam, eingeschlagen in die grüne Fahne der Hamas, durch die Straßen tragen; die Off-Stimme erläutert: „Bei einem Gefecht in Beit Hanu wurde ein militanter Palästinenser getötet, drei weitere Bewaffnete im südlichen Gazastreifen. Dort zerstörte die Armee im Morgengrauen Einrichtungen militanter Gruppen, etwa ein Büro der Al-Aksa-Brigaden in der Stadt Gaza.“ Es folgen Bilder einer nächtlichen, lediglich von vereinzelter Geschützfeuer erhellten Stadt, dann ein Kameraschwenk: ein Krankenwagen, Menschen zwischen Mauertrümmern, ein brennendes Gebäude – dazu der Off-Kommentar: „Während die Bevölkerung zunehmend unter dem Ausfall von Strom-

und Wasserversorgung leidet, verstärken die Entführer den Druck auf Israel. (...) Vermittlungsversuche von Ägypten und auch von anderen arabischen Ländern scheitern, die radikalen Palästinensergruppen lehnen jeden Kompromiss ab.“; es folgen abschließende Bilder einiger verummter und bewaffneter Militanter (Zeit im Bild 3: 3. Juli 2006).

Was ist mit dieser einleitenden Kontrastierung von antiker Schlachtbeschreibung und massemedialer Kriegsberichterstattung, der schillernden Bildsprache des Flavius Josephus und des nüchternen Grunddukus der zeitgenössischen Fernsehreportage angezielt?

Ein doppelter Sachverhalt sei hiermit illustriert: Zunächst ist Kriegsberichterstattung damit als Phänomen ausgewiesen, das per se nicht als genuines Moment der Moderne begriffen werden kann. Vielmehr scheint es konsequent die Anfänge der Kriegsberichterstattung in der antiken Militärgeschichtsschreibung zu verorten – grundgelegt letztlich in den noch mythologisch verdichteten Schlachtbeschreibungen etwa der homerischen Epen oder der alttestamentlichen Eroberungsszenarien. Zumindest aber für die historisch verifizierbaren Kriegsberichte des Altertums, denen etwa Josephus Flavius zugerechnet werden muss, scheint eine Interpretation als Vorläufer moderner Kriegs- und Krisenberichterstattung legitim.

Freilich hat diese auf diachrone Kontinuität bedachte Perspektive nicht das letzte Wort; unbestreitbar nämlich hat die mediale Entwicklung der Neuzeit den Charakter der Kriegsberichterstattung grundlegend verändert. Diese wesenhafte Umgestaltung kommt am deutlichsten im Blick auf die massenmedialen Transformationsprozesse des vergangenen Jahrhunderts zum Aufschein. Jene Entwicklungsvorgänge – insbesondere die Ablösung des Primats der schriftzentrierten durch die visuelle Rezeption in Kino und Fernsehen – haben dabei das Wesen der politischen Kommunikation überhaupt gewandelt. Die häufig mit dem Label der „Amerikanisierung“ versehene Anpassung der kommunikativen Performances der Politik an die vorgängigen Gesetze medialer Präsentation mag hierfür als bededtes Beispiel gelten: Umfassende Tendenzen zur Personalisierung und Professionalisierung politischer Kommunikation, zur symbolischen Reduktion politischer Sachverhalte, die Aufwertung des Ereignis- und Themenmanagements usw. können mehrheitlich eben als Angleichung der Kommunikation politischer Eliten an die strukturellen Vorgaben der Medien gewertet werden – und sind in dieser Deutung eingängiger Indikator für eine Wandlung im Verhältnis von Politik und Medien, die

auch den Bereich der Kriegs- und Krisenberichterstattung – als Ernstfall politischer Kommunikation – nicht ausspart.¹

So können die im Folgenden eingehend diskutierten antinomischen Problemfelder als spezifische Ausformungen eben jenes massenmedial geprägten Gegenwartsdiskurses begriffen werden.

1. Zur begrifflichen und methodischen Klärung

Der den folgenden Ausführungen zugrunde liegende „Antinomie“-Begriff wird im Kontext dieser Abhandlung in Analogie zur Kantischen Erkenntnistheorie verwendet. Der von Kant in der „Kritik der reinen Vernunft“ bekanntlich in Auseinandersetzung mit der theoretisch-spekulativen Schulmetaphysik Wolff'scher Prägung entwickelte Antinomiebegriff bezeichnet in seinem ursprünglichen Kontext zunächst den „Widerstreit der Gesetze (...) der reinen Vernunft“ (Kant 1974: A 407/B 434) in Ansehung der klassischen Fragen rationaler Kosmologie (z.B. nach Anfang und Endlichkeit der Welt). Mit Kant definiert sich dabei die Antinomie als Gegensatz von These und Antithese, wobei gilt, dass die zueinander in Widerspruch stehenden Aussagen in gleichem Maße gut begründet (bzw. bewiesen) sind. Die Antinomie muss nach Kant dabei als „eine ganz natürliche Antithetik, auf die keiner zu grübeln und künstlich Schlingen zu legen braucht, sondern in welche die Vernunft von selbst und zwar unvermeidlich gerät (...)“ (Kant 1974: A 407/B 433f.), folglich als in der Grundstruktur der Vernunft selbst angelegte Widersprüchlichkeit begriffen werden.

In der vorliegenden Untersuchung wird der Antinomiebegriff, seinem ursprünglichen erkenntnistheoretischen Kontext entkleidet, im Sinne grundlegenden strukturellen Widerstreits bzw. unvermeidbarer Antithetik aufgegriffen. Für die im Folgenden illustrierten Konflikte im Bereich medialer Kriegsberichterstattung nämlich kann, so wird zu zeigen sein, eine ähnlich antinomische Tiefenstruktur ausgesagt werden, d.i. eine Widersprüchlichkeit, die nicht durch äußere Instanzen bedingt, vielmehr im Medium selbst notwendig angelegt ist, folglich weder einfachhin umgangen, noch – auch dies

¹ Eine Übersicht der Merkmale der als „Amerikanisierung“ apostrophierten Wandlung im Bereich politischer Kommunikation liefert etwa Schulz (Schulz 1997: 186ff.), der hierbei, konkret allerdings auf den Sonderfall der Wahlkampfkommunikation gemünzt, sechs Charakteristika unterscheidet: Personalisierung, Inszenierung der Wahlkommunikation als Kandidaten-Wettstreit („horse-race“), negative Grundausrichtung (Angriffswahlkampf/„negative campaigning“), Professionalisierung sowie Ereignis- und Themenmanagement.

ist mit der Rede von der „Antinomie“ impliziert – banal durch Aufhebung von Theses oder Antitheses aufgelöst werden kann.

Wenn hierbei außerdem von „kommunikationsphilosophischen“ Anfragen die Rede ist, so sei damit dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass kommunikationswissenschaftliches Denken sich – insbesondere in Verhandlung von Grundsatzfragen der Kommunikation – in einem unhintergehbaren Naheverhältnis zur philosophischen Reflexion bewegt. Mit Kommunikationsphilosophie – zusammen mit der ihr verwandten Medienphilosophie bekanntermaßen beständiges Objekt wissenschaftstheoretischer Nabelschau – ist im vorliegenden Zusammenhang daher nichts anderes gemeint als die Thematisierung einiger jener *grundsätzlichen* Bestimmungen des fraglichen Verhältnisses bzw. seiner systematischen Tiefenstruktur, die in der einzelwissenschaftlichen Behandlung gerade nicht zureichend in den Blick genommen werden können.

2. Die „Illusion der Präsenz“ (Russo) – eine epistemologische Anfrage

Die Frage nach medialer Kriegs- und Krisenberichterstattung ist im gegenwärtigen Kontext zuallererst die Frage nach Relevanz und gesellschaftlicher Definitionsmacht des Fernsehens. Tatsächlich kann das Fernsehen – einer unbestrittenen Aufwertung der Neuen Medien im Rezeptionsprozess zum Trotz – unverändert als Leitmedium moderner Kommunikationsgesellschaften gelten; insbesondere ist das Fernsehen die quantitativ (d.h. in Bezug auf die Nutzungsdauer) wie qualitativ (d.h. in der Frage der Glaubwürdigkeit der vermittelten Information) wichtigste Quelle politischer Information.² Begründet liegt dieser Vorrang mit Manfred Russo in einer einfachen Formel: „Fernsehen ist unterhaltender“ (Russo 1985: 106), d.h. konkret: In der Darstellung komplexer Inhalte im Bild. Dieser „Verzicht auf den Modus der Erörterung zugunsten des narrativen Modus“ verbindet sich mit der Vermittlung eines umfassenden „Gefühl[s] des Dabeiseins“ (Russo 1985: 107), welches mehrheitlich den Glaubwürdigkeitsvorteil des Fernsehens erklären kann. Eng mit dieser Vorrangstellung in der Rezeption verbunden ist die gesellschaftlich-

diskursive Relevanz des Fernsehens: TV-Bilder – von den Anschlägen des 11. September bis zur geköpften Saddam-Statue im Zuge der Eroberung Bagdads – beherrschen Reflexion und Diskurse, sie durchdringen die Gefühle, prägen das kollektive Bewusstsein und dominieren bewusst oder unbewusst die Erinnerung.

Besagte Logik der Gegenwärtigkeit gründet dabei in den spezifischen Qualitäten televisionärer Präsentation: Das Fernsehbild repräsentiert das tatsächliche Geschehen in vorerhand vollem audiovisuellen Umfang; es stellt dem Rezipienten eine lückenlose Medienrealität als quasi verdoppeltes Kriegsgeschehen vor Augen – und dies, im Unterschied etwa zum weit stärker auf das beschreibend-interpretierende Wort verwiesene Printmedium, in schier unleugbarer, weil sinnlicher Evidenz. Das televisionäre Kriegsbild vermittelt damit die umfassende Illusion der Präsenz, eine paradoxe Vergegenwärtigung der Gefahr aus sicherer Distanz, die dennoch den unbestreitbaren Charakter des Non-Fiktionalen an sich trägt.

Freilich ist jene Empfindung der unmittelbaren Gegenwärtigkeit eine zumindest potentiell trügerische; das in der medialen Repräsentation mitgesetzte Authentizitätsversprechen nämlich ist in sich selbst fragwürdig. Bedingt ist diese Fraglichkeit durch die televisionäre Präsentationslogik selbst: Der audiovisuelle Diskurs des Fernsehens nämlich ist gerade durch den paradoxen Zusammenhang von komplexer Weltwirklichkeit einerseits und engem Bildausschnitt andererseits charakterisiert.

Die bildzentrierte Kriegsberichterstattung (post-)moderner Prägung arbeitet dabei fortwährend mit dem problematischen impliziten erkenntnistheoretischen Postulat des: „Umso näher (am Geschehen), desto wahrer“. Paradigmatisch verdichtet in der Gestalt des „embedded journalist“ des Irakkriegs wird konkrete Unmittelbarkeit zum höchsten Zweck der Kriegsberichterstattung. Komplexe Wirklichkeiten werden dabei auf den singulären Shot hin geschmälert, symbolisch reduziert und damit gerade verfehlt. Besagte televisionäre Darstellungsweise führt damit zur Ablösung einzelner Bildeffekte aus ihrem raum-zeitlichen Kontext und fördert zugleich ihre Umformung zum beliebig wiederholbaren Chiffre – ein symbolisch verkürztes Kriegskorrelat, das für die 90 Sekunden des durchschnittlichen Nachrichtenbeitrags vorzüglich taugt, und deshalb exzessiv eingesetzt wird: das vom Flugzeugträger aufsteigende Kampfflugzeug, die vom Geschützfeuer erhellte nächtlich-anonyme Stadt, etc.; die Lösung von Bildausschnitten aus konkret situativen Kontexten und ihre Einpassung in

² So geben 69 Prozent der österreichischen Bevölkerung an, ihre Informationen über das politische Geschehen in erster Linie aus dem Fernsehen zu beziehen (zum Vergleich: 1961 11 Prozent); es folgen Tageszeitungen (44 Prozent; 1961: 61 Prozent) und Radio (25 Prozent; 1961: 59 Prozent). 47 Prozent halten dabei das Fernsehen für „besonders glaubwürdig“, es folgen wiederum Tageszeitungen (20 Prozent) und Hörfunk (8 Prozent); (vgl. Plasser 1997: 469-471).

neu gefügte Montageketten, die als bildgewordene Kriegsrealität gerade die Authentizität des Fernsehkriegsberichts bedingen, kann damit als erstes Moment der Verfremdung gefasst werden.

Damit sei freilich nicht in Abrede gestellt, dass hierbei legitime, dem Rezipienten ansonsten unzugängliche Ausschnitte der Kriegsrealität produziert werden; fraglich allerdings wird dieser Ablauf dort, wo das radikal Konkrete absolut gesetzt wird und damit als repräsentatives Sample an die Stelle jener Wirklichkeit tritt, die es nur fragmentarisch illustrieren kann; am Beispiel: Der steinwerfende Palästinenser ist im Blick auf die skizzierte Problematik als Personifikation der Intifada ebenso unzureichend wie der Soldat im blau-weiß beflaggten Militärjeep als Sinnbild des Staates Israel.

Gerade in der televisionären Repräsentation aber, die auf knappe Prägnanz angewiesen ist, sind jene bildgewordenen Stereotype konstitutiver Nachrichtenbestandteil. Der Konflikt zwischen visueller Vergegenwärtigung einer Kriegserfahrung, die dem Rezipienten ansonsten verwehrt bleiben müsste, und der problematischen Verkürzung komplexer Realitäten in der Einfalt des kontextlosen Bildes kann damit jedenfalls als problematisches unterschwelliges Moment des alltäglichen Nachrichtenkonsums gelten.

Wie eingangs bemerkt, entzieht sich ein solch eben antinomisches Problemfeld einer simplen einseitigen Auflösung. Damit ist allerdings zugleich gesagt: wo ein solcher der medialen Präsentationslogik selbst unweigerlich eingeschriebener Konflikt keiner prinzipiellen Lösung zugeführt werden kann, kann das bloße Bewusstsein jener Problemstellung beim Rezipienten selbst bereits als erste Lösungsstufe gelten; die Wachheit des Rezipienten für eine im medialen Diskurs notwendig mitgesetzte Problematik kann damit als erster Hinweis auf dessen positive Auflösung festgehalten werden. Auf das hier angedachte Ideal des mündigen Rezipienten wird am Ende dieser Abhandlung noch zurückzukommen sein (s.u. 5.).

In jedem Fall aber wird durch die vorgelegte Problemskizze die Bedeutung des gesprochenen Wortes im Bildbericht aufgewertet: die einzelnen Bildpartikel, die in einer neu gefertigten Montagekette den Krieg repräsentieren sollen, sind auf Relativierung, konkret: das erläuternde Wort, angewiesen, um Verkürzung und Trivialisierung zu vermeiden. Es gilt: nur der erläuternde Kommentar kann den engen Bildrahmen sprengen und jene komplexeren Zusammenhänge der Kriegsrealität ergänzend beibringen, die das konkrete Bild erst begrifflich machen. Wo die Nachricht nicht

sinnentleerte Bildkaskade sein soll, muss also der eingeschränkte Fokus des Sichtbaren bewusst und zugleich um jene Zusammenhänge der Realität erweitert werden, die nicht adäquat ins Bild gebracht werden können.

Knapp zusammengefasst: Ohne die Einbeziehung des Nicht-Sichtbaren führen Bilder in die Irre; die das Glaubwürdigkeitsprimat des Fernsehens begründende unmittelbare sinnliche Präsenz des Geschehens kippt, wo das Bild nicht in seinem notwendig kontingent-ausschnitthaften Charakter bewusst wird, in die verkürzte Idolatrie.

3. Moral und Rentabilität – eine strukturanalytische Anfrage

Neben dem obig skizzierten visuellen Fehlschluss, der sich mit der gelehrten Unwissenheit des singulären Bildausschnitts als zentralem Moment televisionärer Kriegsrepräsentation verbindet, scheint mediale Krisenberichterstattung zentral durch eine strukturelle Ambivalenz gekennzeichnet.

Insbesondere die mit dem Schlagwort „Friedensjournalismus“ charakterisierten Strömungen einer ethisch verantworteten Kriegsberichterstattung haben das Dilemma scharf herausgearbeitet, wonach mediale Akteure zwei tendenziell kontradiktorischen, zumindest aber nicht-komplementären Maximen gleichermaßen verpflichtet seien. Angesprochen ist damit eine unumgängliche doppelte mediale bzw. journalistische Grundausrichtung: Als zentrale Instanzen gesellschaftlicher Meinungsbildung seien Medien zunächst der ethisch verantworteten Berichterstattung verpflichtet, zugleich jedoch als ökonomische Größen auf marktwirtschaftliche Rentabilität, Quote und Auflage, verwiesen.

Ein Beispiel mag verdeutlichen, was hierbei zunächst mit der Rede von „ethisch verantworteter“ Berichterstattung näherhin gemeint sei: An das Ende einer breit angelegten Inhaltsanalyse über die Berichterstattung zum Nahostkonflikt in deutschen Printmedien stellen Siegfried und Margarete Jäger 10 Postulate, deren Umsetzung rassistische und antisemitische Effekte in der Medienberichterstattung vermeiden soll (Jäger / Jäger 2003: 359-361). Darunter findet sich etwa die Forderung: „Kollektivsymbole, sofern diese zur Dramatisierung und Sensationalisierung der Berichterstattung beitragen, sollten vermieden werden. Insbesondere sollte auf solche Sprachbilder verzichtet werden, die gesellschaftliche Konflikte in die Nähe von Naturereignissen rücken“ (Jäger / Jäger 2003: 359f). Weiters wird etwa darauf verwiesen, dass der Mediendiskurs die Aufmerksamkeit nicht selten

Aufmerksamkeit nicht selten auf „sensationelle und meist absolut negative Ereignisse“ lenke; zu kurz komme dabei, dass „in den Gesellschaften auch ‚normales‘ und funktionierendes Leben stattfindet“ (Jäger / Jäger 2003: 360). Weitere Vorschläge legen etwa den Verzicht auf paternalistische Darstellungsweisen sowie Anspielungen auf biblische Ereignisse und Sentenzen, die Vermeidung pauschalisierender negativer Charakterisierungen von Personengruppen oder Staaten sowie die zurückhaltende Verwendung emotionalisierender Fotos und Skizzen nahe.

Knapp gefasst behauptet das Konzept des „Friedensjournalismus“ also die ethische Verpflichtung etwa zur umfassenden neutralen Information sowie zum Verzicht auf Sensationalisierung, Dramatisierung und Negativismus.

Zugleich muss unzweifelhaft anerkannt werden, dass mediales Agieren nie lediglich altruistischen Charakters sein kann, sondern schon aus Gründen der medialen Systemerhaltung an den Erfordernissen des Marktes orientiert bleiben muss. Damit aber verbindet sich zentral etwa die Orientierung an ethisch indifferenten Nachrichtenwerten, d.h. gerade eine an den Kriterien der Einfachheit, potentieller Identifikation und Sensationalismus ausgegerichtete Reduktion der verfügbaren Information.³ Eine dergestalt an den (vermuteten) Interessen und Wünschen des Publikums bzw. der damit verbundenen wirtschaftlichen Prosperität (z.B. als Steigerung der Verkaufszahlen) ausgerichtete Nachrichtenselektion und -verarbeitung findet in der konkreten Berichterstattung ihren Niederschlag gerade als Tendenz zur – eben kritisierten – negativen Kollektivsymbolik, Simplifizierung oder einer Grundhaltung westlich-paternalistischer Überheblichkeit. Erst also das mediale Fressen, dann die Moral?

Ohne einer pauschalisierenden Kapitalismuskritik das Wort zu reden, kann in jedem Fall das Verhältnis von ethisch qualifizierter Berichterstattung und ökonomischer Rentabilität als fortwährendes immanentes Konfliktfeld medialer Berichterstattung bzw. journalistischen Arbeitens gelten, das als Synthese widerstreitender Grundprinzipien potentiell alle medialen Tätigkeitsbereiche durchzieht, im Falle der Kriegs- und Krisenberichterstattung aus obig skizzierten Gründen jedoch in besonderer Deutlichkeit zutage tritt.

Eine Medienethik steht in jedem Fall vor der bleibenden Herausforderung ihre Maximen und Wertorientierungen – über die nur

periphere Wirkkraft der Medienräte und -kodizes hinaus – wirksam in die professionelle Praxis zu übertragen. Eine diesbezüglich schärfer akzentuierte journalistische Aus- und Fortbildung mag hierfür ebenso tauglich sein wie die durchgehende Implementierung eines Modells der gestuften Verantwortung. Angezielt ist hierbei eine doppelte Verortung medialen Verantwortungsbewusstseins, d.i. einerseits eine ethische Selbstverpflichtung der Unternehmenspolitik, die Umfang und Reichweite organisatorischer Verantwortung in normativen Texten und Leitlinien festschreibt und so in die konkrete Organisationskultur einbettet, ohne andererseits den Journalisten im täglichen Vollzug aus seiner individuellen Verantwortung zu entlassen.

Mit Blick auf die Argumentation des „Friedensjournalismus“ ist dabei schließlich außerdem zu berücksichtigen: Angezielt sind mit der Rede von ethisch verantworteter Kriegs- und Krisenberichterstattung keine abstrakten Moralprinzipien, die journalistischer Arbeit lediglich äußerlich aufgezwungen werden müssten, sondern ein Grundbestand ethischer Normen, die als Grundbedingung der objektiven Berichterstattung selbst begriffen werden können. Der Verzicht auf mediale Sensationalisierung und überzogenen Negativismus etwa will keinem weltfremden Ethos genügen, sondern gerade die Authentizität der Berichterstattung selbst sicherstellen und trifft damit (potentiell) den eigentlichen Kernbestand journalistischen Selbstverständnisses.

4. Die Überforderung des Betrachters – eine hermeneutische Anfrage

Der französische Medientheoretiker und Philosoph Paul Virilio betont in seinen Betrachtungen zum Golfkrieg mit dem programmatisch-lapidaren Titel „Krieg und Fernsehen“ den echtzeitlichen Charakter des medialen Kriegsgeschehens: was sich im Zeitalter der Presse innerhalb eines Tages abgespielt habe, dann mit dem Radio im Stundentakt, passiere im televisionären Kontext in permanenter Gegenwartigkeit, im echtzeitlichen Augenblick des Bildes. Die mediale Evolution gipfelt damit in der Herrschaft des fortgesetzt präsentischen Moments: Mit dem „Aufkommen von Fernsehanstalten wie CNN wurde die Echtzeit die alles beherrschende Zeit. Eine praktische Dauer, die keinen Abstand, keine kritische Distanz mehr zulässt, eine Zeitspanne, bei der nicht mehr das Vorher und Nachher, der Angriff nicht mehr von der Verteidigung unterschieden ist (...)“ (Virilio 1993: 18).

Das übertragene Bild freilich, konzentriert im Live-Bild des Kriegsschauplatzes, das Zuseher und Kommentator im selben Moment

³ Eine knappe Übersicht unterschiedlicher Sammlungen von Nachrichtenfaktoren liefert etwa Burkart 2002: 279-283.

erreicht, vermittele damit keine Überzeugung mehr, sondern „allerhöchstens eine Emotion, eine bestimmte Art der Ergriffenheit“ (Virilio 1993: 15). Dem Krieg der Echtzeit und Omnipräsenz wird mit Virilio jeder Informationsgehalt geopfert: „Bilder und Nachrichten im digitalen Zeitalter sind nicht so wichtig wie ihre unmittelbare Übermittlung, wobei der ‚Verblüffungseffekt‘ immer größeres Gewicht besitzt als der Informationsgehalt“ (Virilio 2000: 129); mehr noch: Information und Propaganda fallen im permanenten Jetzt des Live-Bildes notwendig in eins.⁴

Man muss dabei nicht der kulturapokalyptischen Konklusion Virilios folgen – der nämlich behauptet die Botschaft des postmodernen Medienkrieges bestehe „weniger in der Information über die Realität der gegenwärtig stattfindenden Kämpfe als vielmehr in der Förderung der Möglichkeit zukünftiger Kriege“ (Virilio 1993: 60) – um die Problematik des echtzeitlichen Krieges in Bezug auf die Stellung des Rezipienten im medialen Vermittlungsprozess hinreichend zu erfassen: Dem Betrachter droht in jedem Fall eine grundsätzliche hermeneutische Überforderung, ein fundamentaler „Interpretationskonflikt, da niemandem mehr die notwendige Zeit zur Verfügung steht, sich eine Meinung zu bilden, es bleibt nur noch die Zeit, von einem Reflex zu einem anderen überzugehen“ (Virilio 1993: 18). Der Rezipient, der die umfassende audiovisuelle Realität des Krieges in Form des TV-Live-Bildes erfährt, steckt damit im Modus der reinen Rezeption, die ihm nur mangelhaft interpretativ erschlossen wird. Zugleich löst sich das Medium als vielbeschworene „vierte Gewalt“ zumindest kurzzeitig auf im präsentischen Kurzschluss: Die Unabhängigkeit der Berichterstattung, vor allem aber ihre rationale Interpretation wird notwendig suspendiert, das Medium regrediert zum reinen Auge. Verschärft wird diese zweifelhafte Tendenz des Live-Bildes, wenn die eingangs diskutierte Problematik einer Verzerrung der Realität im isolierten Bild mitbedacht wird (s.o. 2.).

Die unmittelbare, echtzeitliche Liveinformation ist unweigerlich also einer zumindest fragwürdigen Auslagerung der Interpretation des medial Vermittelten an den Rezipienten

⁴ In seiner Schrift „Ereignislandschaft“ versteht Virilio die Rede von technisch-medialer Allgegenwart zusätzlich mit einer bemerkenswerten theologischen Rückbindung: „Für Gott ist die Geschichte eine Ereignislandschaft. Für ihn gibt es keine Abfolge, weil alles gleichzeitig da ist“ (Virilio 1998: 9; Kursivsetzung übernommen). An die Stelle des allsehenden göttlichen Auges, das die gesamte Weltwirklichkeit erfasst, sei gegenwärtig das Auge der Kameras und Beobachtungssatelliten getreten, deren aktuelle Kurzsichtigkeit nunmehr jede Geschichtlichkeit fraglich werden lasse.

sowie der Verzerrung von Realität im singulär-einseitigen Bild assoziiert.

In jedem Fall verbinden sich mit einer Kriegsberichterstattung, die mehrheitlich an die Sphäre der Gegenwart gebunden bleibt, neue Anforderungen an den Rezipienten; der Ruf nach Förderung der Medienkompetenz wird damit um eine zusätzliche Nuance erweitert, konkret: die Beihilfe zur hermeneutischen Eigenverantwortlichkeit. Umso dringender scheint eine solche Förderung angeraten, wenn mit Virilio ein dem tatsächlichen Kampfgeschehen paralleler „*information warfare*“ (Virilio 2000: 171; Kursivsetzung übernommen) angenommen wird - „Genau das ist der *information warfare*: Nicht mehr nur die Steuerung von Raketen mit Hilfe des *electronic warfare*, sondern die Fernsteuerung der Konfusion; jenes Chaos der Meinungen, das das Chaos der Zerstörungen vor Ort vervollständigt und vollendet“ (Virilio 2000: 171f.; Kursivsetzung übernommen); wo der propagandistische Einsatz von Kommunikation als zentraler Bestandteil der Kriegstaktik begriffen wird, ist die mündige Rezeption im Sinne kritischer Distanz zur medialen Kriegsberichterstattung in jedem Fall angemahnt.

Einmal mehr ist damit das Ideal des aktiven Publikums bzw. des selbstbestimmten Medienkonsumenten angedacht, das im Folgenden Gegenstand einiger abschließender Überlegungen sei.

5. Zusammenfassung und Ausblick: das Ideal des kritischen Rezipienten

Die obigen Erläuterungen zu unterschiedlichen Problemstellungen medialer Kriegs- und Krisenberichterstattung lassen zusammenfassend drei Spannungsfelder erkennen: Zunächst konnte im Blick auf das notwendig bildzentrierte Leitmedium Fernsehen die Gefahr der Reduktion komplexer (Kriegs-)Realität auf singuläre Bildausschnitte ausgewiesen werden; für sämtliche Formen medialer bzw. journalistischer Tätigkeit wurde anschließend das Verhältnis von ethisch relevanter Berichterstattung und ökonomischer Rentabilität als fortgesetztes Konfliktfeld benannt; endlich wurde abschließend die Gefahr hermeneutischer Überforderung des Rezipienten angesichts des echtzeitlichen Charakters des massenmedial vermittelten Kriegsgeschehens illustriert.

Gemeinsam freilich ist sämtlichen besagten Problembereichen ihre eingangs ausgeführte antinomische Struktur; die fraglichen Spannungen treten wie gezeigt nicht lediglich äußerlich hinzu, sondern sind in der medialen Grundstruktur selbst notwendig angelegt.

Die daran geknüpften Fragen, wie mit den erläuterten Herausforderungen sinnvoll umgegangen werden kann, kann nun einmal mehr in Analogie zum Antinomiebegriff erläutert werden. Die Auflösung der Antinomien der spekulativen Metaphysik nämlich gründet bekanntermaßen letztlich in jener kopernikanischen Wende der kantischen Erkenntnistheorie, die das Subjekt sowie die Fähigkeiten und Grenzen seines Vernunftgebrauchs in das Zentrum der Überlegung rückt. Jene transzendente Rückwendung auf das Subjekt kann auch für den Umgang mit obigen Problemstellungen ein taugliches Leitbild abgeben.

Wie mehrfach angemerkt ist mit der Diagnose der weitgehenden Unvermeidbarkeit besagter Spannungsfelder das Ideal des kritischen Rezipienten angefragt; angesichts medienimmanenter Problemstellungen also ist der wache und mündige Rezipient gefordert, der aktiv in den Prozess der Massenkommunikation eingreift, nach Kriterien der Programmqualität (z.B. Neutralität der Berichterstattung, Verzicht auf negativ-abwertende Zuschreibungen usw.) selbstbestimmt auswählt und die impliziten Problemstellungen medialer Berichterstattung durchschaut.

Die vorliegende Abhandlung verbleibt dabei im Modus der Problemanalyse – wie das Ideal des kritischen Rezipienten konkret zu realisieren ist, kann im vorliegenden Kontext nicht umfassend erörtert werden. Im Blick jedenfalls auf die hier vorausgesetzte Bedeutung medialer Berichterstattung für das Selbst- und Weltverständnis des Einzelnen scheint etwa die Forderung nach einem die Medienkompetenz bzw. den kritischen Umgang mit medialen Angeboten fördernden Medienunterricht im schulischen Kontext keinesfalls verfehlt; gleiches kann für die Forcierung medialer Selbstreflexivität gelten.⁵

Die hier angedachte Auflösung fraglicher Problemfelder vom Subjekt her bleibt dabei fraglos an einem Ideal orientiert, das in seinem aufklärerischen Grundduktus nicht anders als utopisch genannt werden kann; im Blick auf obige Ausführungen scheint es freilich geraten jene Rede vom kritischen Rezipienten als *handlungsleitende* Utopie zu begreifen, an der medienpolitische Entscheidungen ausgerichtet bleiben und gemessen werden müssen.

⁵ So z.B. existieren bekanntlich TV-Formate, die sich eben als Medienmagazine begreifen und so etwa die Fernsehberichterstattung und ihre Grenzen thematisieren.

Literatur

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft, Grundlagen und Problemfelder, Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4. Auflage, Wien u.a.

Flavius Josephus (2003): Geschichte des Jüdischen Krieges. Aus dem Griechischen von H. Clementz, 7. Auflage, Leipzig

Jäger, Siegfried / Jäger, Margarete (2003): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Medien - Forschung und Wissenschaft Bd. 3, Münster u.a.

Kant, Immanuel (1974): Kritik der reinen Vernunft. Hg. von Wilhelm Weischedel, Frankfurt a. M.

Plasser, Fritz (1997): Massenmedien und Politikvermittlung. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik. 3. Auflage, Wien, S. 463-482

Prümm, Karl (2006): Die Definitionsmacht der TV-Bilder. Zur Rolle des Fernsehens in den neuen Kriegen nach 1989. In: Daniel, Ute (Hg.): Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert. Göttingen, S. 217-229

Russo, Manfred (1985): Zeichenrituale in der politischen Kommunikation. Vom Wort zum Bild. In: Plasser, Fritz u.a. (Hg.): Demokratierituale. Zur Politischen Kultur der Informationsgesellschaft. Studien zur Politik und Verwaltung Bd. 9, Wien u.a., S. 105-120

Virilio, Paul (1993): Krieg und Fernsehen. Aus dem Französischen von B. Wilczek, München-Wien

Virilio, Paul (1998): Ereignislandschaft. Aus dem Französischen von B. Wilczek, München-Wien

Virilio, Paul (2000): Information und Apokalypse. Die Strategie der Täuschung. Aus dem Französischen von B. Wilczek, München-Wien

Zeit im Bild 3, ORF 2, 3. Juli 2006

Die Autorinnen und Autoren:

Roland Kraml studiert seit 2002 Kultur- und Sozialanthropologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Wien mit Fokus auf Konfliktforschung, Bürgerkriege und Terrorismus, und engagiert sich im Rahmen der studentischen Institutsgruppe für Kultur- und Sozialanthropologie, wo er unter anderem an der Organisation von Lese-, Arbeits- und Diskussionskreisen mitwirkt.

Georg Leitner ist seit 2003 Student der Kultur- und Sozialanthropologie, Politikwissenschaften und Anglistik an der Universität Wien und absolviert derzeit ein Praktikum in der Wiener Außenstelle des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK, Burg Schlaining). Zudem ist er Mitorganisator des Workshops "Medien und Krieg. Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration" im Rahmen der 23. Sommerakademie des ÖSFK.

Christopher Meiller hat 2006 das Bakkalaureatstudium Publizistik und Kommunikationswissenschaft abgeschlossen und studiert des Weiteren seit 2001 Fachtheologie und Philosophie an der Universität Wien. Er arbeitet seit 2004 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Österreichischen Jüdischen Museum und seit 2005 als Fachtutor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Gewinner des Essaywettbewerbs von Die Furche/Europäisches Forum Alpbach 2005 zum Thema "Europa – Macht und Ohnmacht".

Tamara Neubauer studiert seit 2002 Kultur- und Sozialanthropologie sowie Internationale Entwicklung an der Universität Wien. In diesem Rahmen liegt ihre thematische Spezialisierung auf Friedens- und Konfliktforschung, Entwicklungszusammenarbeit, politische Anthropologie, Wissenschaftstheorie, anthropologische Theorien und Methoden. 2005 absolvierte sie mehrwöchige Praktika bei Rural Up-grade Support Organisation (RUSO, Ghana) sowie im Flüchtlingshaus der Caritas in Rottenegg OÖ.

Maria-Christina Schinko ist seit 2000 Studentin der Publizistik und Kommunikationswissenschaft und ebenso der Politikwissenschaften an der Universität Wien mit Fokussierung auf Public Relations, Internationale Beziehungen und Konfliktlösung. Im Rahmen ihres Praktikums bei Blue Tomato (Dachstein Tauern GmbH) 2004 sammelte sie unter anderem Erfahrungen im Bereich Marketing und Public Relations.

Das Buch zur Sommerakademie:

Gute Medien – Böser Krieg?

Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus

LIT-Verlag, Münster-Berlin-Wien € 9,80

Der Dokumentationsband dieser Akademie enthält Beiträge von

Freimut **Duve** (OSZE-Beauftragter für die Freiheit der Medien 1998 – 2004), Mira **Beham** (Publizistin, Journalistin), Hans-Christoph Graf **Sponeck** (UN-Koordinator „Öl für Lebensmittel“-Programmes, Irak), Aktham **Suliman** (Al Jazeera), Andreas **Zumach** (UNO-Journalist, Genf), Heinz **Loquai** (Brigadegeneral a.D.), Jürgen **Rose** (Oberstleutnant der Bundeswehr), Werner **Ruf** (Politologe, Uni Kassel), Karin **Kneissl** (Journalistin, Nahostexpertin), Thomas **Seifert** (Die Presse), Nadine **Bilke** (ZDF) und Gerald **Mader** (ÖSFK).

In der ÖSFK-Publikationsreihe „SAFRAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung“ sind bislang erschienen:

Georg Leitner: Die Bedeutung von Nationalismus im Tschetschenien-Konflikt, SAFRAN Nr. 01, 28 Seiten, € 2,-, Wien 2006.

Rita Glavitz: Failed Somalia? Prozesse und Strategien lokaler Akteure zum Nation- und Statebuilding, SAFRAN Nr. 02, 36 Seiten, € 2,-, Wien 2006.

Rita Glavitz / Georg Leitner / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hg.): Medien und Krieg: Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN Nr. 03, 52 Seiten, Wien 2007. (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2006/safran03.pdf>)

In der ÖSFK-Publikationsreihe „Dialog – Beiträge zur Friedensforschung“ sind zuletzt erschienen:

Gute Medien – Böser Krieg?, Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus, Dialog 51, 200 Seiten, € 9,80, Münster – Wien – London 2006.

Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfung der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus, Dialog 49, 304 Seiten, € 12,80, Münster – Wien – London 2006.

Der Krieg der Armen? Der internationale Terrorismus in der Neuen Weltordnung, Dialog 48, € 24,80, Münster 2005.

„Die Wiedergeburt Europas“. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“, Dialog 47, 306 Seiten, € 24,80, Münster 2005.

Pax Americana und Pax Europaea. Konsens oder Konflikt um eine neue Weltordnungskonzeption?, Dialog 46, 300 Seiten, € 27,-, Münster 2004.

Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union, (gemeinsam hg mit IIP Wien), Dialog 45, 150 Seiten, € 12,80, Münster 2004.

Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung, Dialog 44, 240 Seiten, € 24,-, Münster 2004.

Jihad vs. McWorld? Friedenspolitik im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und fundamentalistischer Bedrohung, Dialog 43, 288 Seiten, € 24,-, Münster 2003.

Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Dialog 42, 348 Seiten, € 34,-, Münster 2003.

Ground Zero. Friedenspolitik nach den Terroranschlägen auf die USA, Dialog 41, 271 Seiten, € 24,80, Münster 2002.

Globe 2001. Friedenspolitik an der Schwelle eines neuen Jahrtausends, Dialog 40, 180 Seiten, € 19,80, Münster 2002.

Nach der Jahrtausendwende. Zur Neuorientierung der Friedensforschung im 3. Jahrtausend, Dialog 39, 345 Seiten, € 19,80, Münster 2001.

✉ Bestellbar im gut sortierten Buchhandel oder unter aspr@aspr.ac.at

Friedenszentrum Burg Schlaining

In der südburgenländischen Stadtgemeinde Stadtschlaining sind zwei Friedensinstitutionen beheimatet: Das 1982 gegründete Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) und das 1987 mit Hilfe von europäischen UNESCO-Organisationen gegründete Europäische Universitätszentrum für Friedensstudien (EPU). Beide Institutionen sind als private, gemeinnützige, überparteiliche und unabhängige Vereine organisiert und beide werden von ihrem Gründer und geschäftsführenden Präsidenten Gerald Mader geleitet. Beiden Institutionen wurde 1995 von der UNESCO der Preis für Friedenserziehung verliehen.

Das ÖSFK hat das Ziel, zur weltweiten Förderung des Friedens und zur Förderung einer friedlichen Konflikttransformation auf allen Ebenen beizutragen. Entsprechend engagiert sich das ÖSFK in Forschung, Ausbildung und friedenspolitischer Praxis. Den Ausbildungsschwerpunkt bilden Programme zur Qualifizierung von Fachkräften für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Friedenseinsätzen in Konfliktregionen beschäftigen, wie das „International Civilian Peace-keeping and Peace-building Training Program“ (IPT), das „Mission Preparation Training Program for the OSCE“ (MPT) und die „Summer Academy on OSCE“. Die viel besuchte deutschsprachige Sommerakademie findet heuer mit dem Titel "Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?" zum 24. Mal statt. Für die EU ist das ÖSFK ein wichtiger Koordinator zur Entwicklung von EU-weiten Ausbildungsstandards und Trainingsprogrammen für Fachkräfte, die in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und zivile Administration in Krisengebieten eingesetzt werden.

Im Bereich Mediation in internationalen Krisenregionen konnten in den letzten Jahren Dialogworkshops und Vermittlungsprojekte in Kooperation mit dem österreichischen Außenministerium durchgeführt werden. Seit 1996 werden spezifische Programme in Südosteuropa und dem Südkaukasus durchgeführt und seit 1997 auch in Afrika. Seit 2001 engagiert sich das ÖSFK in Zentralasien und unterstützt die Friedensbemühungen in Sri Lanka.

Die EPU führt englischsprachige Studienprogramme in „Peace and Conflict Studies“ auf postgraduiertem universitärem Niveau durch. Die EPU verbindet akademische Analyse mit Praxisorientierung und persönlichem Lernen, das durch die Dynamik einer internationalen und multikulturellen Studiengemeinschaft gefördert wird.

Seit dem Jahr 2000 betreibt das ÖSFK das Europäische Museum für Frieden. Das Museum wurde mit einem vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verliehenen Anerkennungspreis im Rahmen des Museumspreises 2001 ausgezeichnet.

Das Friedenszentrum Burg Schlaining veröffentlicht neben dieser Reihe u.a. die Reihe „dialog. Beiträge zur Friedensforschung“, die Zeitschrift „Friedens-Forum“ sowie die Publikationsreihe „workingpapers“. Das Institut verfügt über eine Infrastruktur mit den in der Burg Schlaining befindlichen Büroräumlichkeiten, dem „Haus International“, der Friedensbibliothek in der einstigen Synagoge, dem Hotel Burg Schlaining und dem Konferenz- und Seminarzentrum in der Burg.

Dieser Sammelband enthält Beiträge junger ForscherInnen, die sich mit dem Zusammenhang von Medien und Krieg auseinandersetzen. Der Themenkomplex wird von den AutorInnen aus anthropologischen, kommunikations- und politikwissenschaftlichen Perspektiven analysiert.

Mit Beiträgen von Roland Kraml, Georg Leitner, Christopher Meiller, Tamara Neubauer und Maria-Christina Schinko.